

Die mittelalterliche deutsche Ostbewegung und die deutsche Ostforschung*

von

Walter Schlesinger†

Die diesjährige wissenschaftliche Tagung des J. G. Herder-Forschungsrates soll, wie Sie aus dem vorbereiteten Schreiben des Herrn Präsidenten entnehmen konnten, einen „Beitrag zur Selbstprüfung und Ortsbestimmung der deutschen Ostmitteleuropaforschung“ leisten. Das Wort ‚Ausrichtung‘, das mir von ähnlichen Anlässen her in Erinnerung ist und das in so fataler Weise an den Ausdruck ‚Auf-Vordermann-bringen‘ erinnert, ist also dankenswerterweise vermieden. Vermieden ist auch das Wort ‚Ostforschung‘, ebenfalls dankenswerterweise, denn es ist ein unpräzises und verschwommenes Wort. Es gibt weder eine Westforschung noch eine Süd- oder Nordforschung, und wo der Osten oder, wie man auch gesagt hat, der Ostraum beginnt und wo er aufhört, hängt doch wohl vom Standort und von der Reichweite des Beobachters ab. Französische Ostforschung und vollends Ostforschung in den USA müßten einen anderen Gegenstand und damit wohl auch andere Fragestellungen und Methoden haben als die deutsche Ostforschung. Ich weiß nicht, von wem das Wort erfunden wurde; es kam anscheinend zwischen den beiden Weltkriegen auf, wurde zum Titel der großen zweibändigen Brackmann-Festschrift und erscheint heute in der Bezeichnung der von unserem Kreise herausgegebenen Zeitschrift. Warum ich es im Thema dieses Vortrages beibehalten habe, wird sich zeigen; es scheint mir in gewisser Weise für das, was in diesen Tagen hier erörtert werden soll, ein guter Ausgangspunkt zu sein.

Wie war die Entstehung des Ausdrucks ‚Deutsche Ostforschung‘ möglich? Mir scheint, daß die wissenschaftliche Auffassung, die es charakterisiert, ihre Antriebe im wesentlichen vom Politischen her bekommen hat. Gewiß führt die Mittellage Deutschlands in Europa die Forschung fast automatisch auf eine an den Himmelsrichtungen orientierte Betrachtungsweise hin. Aber die Diskussionen um die Italienpolitik der deutschen Könige des Mittelalters haben keine Südforschung hervorgerufen, die wissenschaftlichen Bemühungen um ein Jahrtausend deutsch-französischer Beziehungen keine Westforschung und schließlich die Erinnerung an die germanischen Zusammenhänge, die Mittel-

* Der Vortragstext wird im vollen Umfang und wortgetreu wiedergegeben nach der maschinenschriftlichen Fassung in: Deutsche und europäische Ostsiedlungsbewegung. Bericht über die wissenschaftliche Jahrestagung des Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrates vom 7. bis 9. März 1963, Marburg/Lahn 1964, S. 7–46. Korrigiert wurden lediglich offenkundige Schreib- oder Übertragungsfehler; die Zitierweise wurde vereinheitlicht; heute nicht mehr allgemein bekannte Kürzel oder abgekürzte Vornamen wurden bei der ersten Nennung aufgelöst. (Red.)

und Nordeuropa verbinden, keine Nordforschung. Man kam mit den herkömmlichen Wissenschaften aus, unter welche die philologische Nordistik durchaus zu rechnen ist. Wenn dies im Blick nach Osten anders ist, so mag dies zunächst in sprachlichen Schwierigkeiten begründet sein. Die Kenntnis der slawischen, der baltischen und der ungarischen Sprachen und damit der in diesen Sprachen geschriebenen wissenschaftlichen Literatur einschließlich der nicht lateinischen oder griechischen Quellen ist in Deutschland stets nur die Sache einiger weniger gewesen, und so könnte man für einen Augenblick die Ostforschung wissenschaftstheoretisch mit der Orientalistik vergleichen, die ja keineswegs nur ein philologisches Fach ist.

Aber ihren eigentlichen Antrieb erhielt die Ostforschung doch wohl durch den Ausgang des Ersten Weltkrieges. Deutschland sah sich damals nicht nur großen Gebietsverlusten im Osten, sondern auch der Zerstörung der Donaumonarchie gegenüber, und es schien eine Tatsache zu sein, daß diese Ereignisse durch wissenschaftliche Tätigkeit bei den östlichen Nachbarvölkern, wenn nicht herbeigeführt, so doch wesentlich gefördert worden waren. Seit František Palacký, der 1848 die Teilnahme an der Frankfurter Nationalversammlung abgelehnt hatte, bis hin zu Oskar Halecki, der 1919 Generalsekretär der polnischen Expertenkommission bei der Pariser Friedenskonferenz war, hatten diese historisch argumentiert, und so sah sich der Wille, dem von deutscher Seite etwas entgegenzusetzen, vermeintlich ebenfalls auf das Feld der Geschichte verwiesen. Wie weit man dabei an wissenschaftliche Bemühungen im Rahmen der sogenannten Ostmarkenpolitik des zweiten Kaiserreichs anknüpfen konnte, vermag ich nicht zu sagen. Auch an den Verein für das Deutschtum im Ausland und die aus diesem Kreise hervorgegangene Zeitschrift „Deutsche Erde“ könnte man denken, obwohl er seine Impulse zunächst in Südtirol empfangen hatte. Auf jeden Fall begannen jetzt namhafte Historiker den Blick nach Osten zu richten, die dies vorher nicht getan hatten, wobei bemerkt werden muß, daß es eine unter ganz anderen Gesichtspunkten entstandene deutsche Ostmitteleuropaforschung seit den Tagen Richard Roepells und Ludwig Giesebrechts natürlich längst gab. Jetzt aber schrieb Erich Marcks 1920 über „Ostdeutschland in der deutschen Geschichte“, und im gleichen Jahr erschien Karl Hampes „Zug nach dem Osten“, ein Buch, auf das wir noch zurückkommen müssen. Es folgten 1924 Dietrich Schäfers „Osteuropa und wir Deutschen“ und 1926 „Der ostdeutsche Volksboden“, herausgegeben von Wilhelm Volz. Vorhergegangen war ein Jahr zuvor ein entsprechendes Werk über den westdeutschen Volksboden, es war das Jahr der Jahrtausendfeier der Zugehörigkeit der Rheinlande zu Deutschland. Die Zeit der Besetzung und der Separatistenbewegung hatte auch hier die Geschichtsforschung auf den Plan gerufen, was nicht weiter zu erörtern ist, und es bestanden damals und später enge persönliche Beziehungen zwischen der dem Westen und der dem Osten zugewandten Forschung. Schon längst vor dem Kriege war Lamprecht nach Leipzig gegangen, und umgekehrt hatte Kötzschke von Leipzig aus die Werdener Ur-

bare im Auftrag der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde bearbeitet; später gingen von Bonn Aubin nach Breslau, Frings nach Leipzig. Trotzdem nahm die Forschung in West und Ost einen verschiedenen Weg, so nämlich, daß es heute eine Ostforschung gibt, eine Westforschung aber nicht. Die Gründe sind sicherlich mannigfacher Art, und man müßte ihnen weiter nachgehen. Ein Hauptgrund dürfte nach meiner Überzeugung derselbe sein, der 1925 die Ausdehnung der Locarno-Verträge auf den Osten verhindert hat: die Hoffnung auf Revision der deutschen Ostgrenze von 1919. Der Sinn der Locarnopolitik war, so erklärte Stresemann vor dem Reichskabinett, „die Erhaltung der Rheinlande und die Möglichkeit der Wiedergewinnung deutschen Landes im Osten“. Es war danach klar, wo auch die wissenschaftliche Aktivität zu liegen hatte. Sie wurde dadurch belebt, daß starke emotionale Momente ihr entgegenkamen. Schon das Wort „Deutsche Ostmark“, wie es im Wilhelminischen Deutschland in Gebrauch war, zeigt dies, und es ist bezeichnend, daß schon 1894 ein Ostmarkenverein gegründet worden war, der dann 1933 vom „Bund deutscher Osten“ aufgesogen wurde. Man fühlte sich vor allem seit 1919 in die Abwehr gedrängt und aus den abgetretenen Gebieten verdrängt, kurz in einer Kampfsituation, welche die Gemüter erregte und auch auf rein wirtschaftlichem Gebiet in dem Ausdruck „Osthilfe“ anklang, der einen so ganz anderen Wertakzent trug als etwa die Wörter „Ostflucht“ und „Ostlocarno“. 1937 war im „Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung“ (DALVF) von „kulturellem Dauernahkampf Aug in Auge“ die Rede, eine makabre Metapher im Hinblick auf spätere Ereignisse.

Man glaubte auf deutscher Seite, diesen Kampf nicht nur in der Selbstgefälligkeit kultureller Überlegenheit führen zu dürfen, sondern in dem beruhigenden Bewußtsein, denjenigen freigebig aus der eigenen Fülle mitgeteilt zu haben, die sich nun widerspenstig und undankbar gegen ihre einstigen Wohltäter wandten. Ressentiment auf der andern Seite war die natürliche Folge, schließlich Ressentiment auf beiden Seiten, und es bleibt zu untersuchen, wie weit dieses Ressentiment auf die deutsche Ostforschung eingewirkt hat, damals und vielleicht noch heute. Daß für solche Untersuchungen die mittelalterliche deutsche Ostbewegung ein besonders geeigneter Ausgangspunkt ist, liegt auf der Hand, denn sie hatte damals für die aktuelle Kampfsituation Grundlagenbedeutung, sie hatte die Verhältnisse geschaffen, an denen sich der Streit entzündete, und an ihrer Beurteilung scheiden sich auch heute noch die Geister. Wenn wir von diesem Ausgangspunkt her eine „Selbstprüfung“ vornehmen und zu einer „Ortsbestimmung“ gelangen wollen, so werden wir auf die Lage jener zwanziger Jahre zurückgreifen und uns dann fragen müssen, was sich seither geändert hat und was geblieben ist. Wir werden zunächst vor unserer eigenen Tür zu kehren haben, wir werden aber auch, und dies gilt insbesondere für die Gegenwart, auf die Stellungnahme der andern achten müssen. Ich selbst kann dies letztere freilich nur in sehr geringem Umfange tun, denn ich bin der östlichen Sprachen nicht mächtig. Aber wir haben eine Menge weiterer

Referate und eine Diskussion, in der die Sprach- und Sachkundigen das Wort ergreifen werden. Ich werde also in einem ersten Referat die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen behandeln, um dann, nach einer ausreichenden Pause, in einem zweiten kürzeren Referat auf die Gegenwart einzugehen.

Erlauben Sie mir, daß ich das erste Referat an zwei Äußerungen Rudolf Köttschkes aus dem Jahre 1926 anknüpfe. Ich wähle gerade ihn, weil er mein Lehrer ist und weil die Meinungen, die er äußerte, demzufolge auch einmal die meinigen waren, da ich wenige Jahre später bei ihm zu studieren begann. Wenn ich sie heute kritisch beurteile, gilt die Kritik zugleich mir selbst, und ich muß Wert darauf legen, daß dies deutlich sichtbar wird. Wir saßen alle damals in einem Boot, und erst später begannen sich die Wege zu teilen. Hören wir also Köttschke: „Als die mittelalterliche ostdeutsche Kolonisation vor einem halben Jahrhundert wissenschaftlich gleichsam neu entdeckt wurde, erschien sie als ein großer, auch politisch belangreicher Erfolg deutscher Siedlung. Nicht als eine Schöpfung nur der fahrenden Männer ward sie gewertet, nein als eine Großtat des gesamten deutschen Volkes, aller Stämme und Stände, ein Kulturwerk ersten Ranges, die bedeutendste Leistung des Volkes im Mittelalter; und welche liebe sich ihr an raumpolitischer Wirkung selbst in der Neuzeit vergleichen? Eine Erweiterung des deutschen Volksgebietes um die Hälfte des vormaligen Bestandes war erzielt, von zwei Dritteln auf die vollen Drei, auf das Ganze des in Mitteleuropa überhaupt errungenen Bereichs. Mit stolzer Freude wurden die Erfolge empfunden, mehr als dies einst den Ostlandfahrern selbst und ihren zeitgenössischen Geschichtsschreibern möglich gewesen war. Diese ationale Freude an den großen und nachhaltigen Leistungen ostdeutscher Kolonisation darf noch heute gelten. Ihre Wertschätzung als eine Bewegung, welcher im wesentlichen der heute nordostdeutsche Volksboden zu verdanken ist, wird auch nicht gemindert, ja nur erhöht, wenn dabei betont wird, daß sich im Grunde nur eine germanische Wiederbesiedlung einst verlorengegangenen Bodens vollzog: eine Wiederherstellung uralten Heimatrechts im Osten, das nur durch einige Jahrhunderte selbständigen, nicht einmal ungemischten Slawentums unterbrochen war ...“ Und an anderer Stelle: „Die Siedlungsfragen, die hier in allgemeinsten Umrissen umschrieben wurden, sind streng wissenschaftlicher Art und vermögen nur mit dem schweren Rüstzeug gelehrter Forschung bearbeitet zu werden. Aber durch Siedlung wird der Mensch heimfest, altererbtes Siedlungsland ist Heimatboden; so spielt in all dies ein Gedanke an das Heimatrecht der Völker hinein. Das völkische Selbstbewußtsein möchte sich an der Idee kräftig emporranken, dem in einem Lande alteingeborenen Volkstum anzugehören. Darum haben diese Probleme eine Tragweite über die rein wissenschaftliche Erörterung hinaus; mit dem Schein historischer Romantik umkleidet, finden sie die innerste Anteilnahme weiter Kreise und werden nicht selten mit leidenschaftlicher Erregtheit behandelt, ja es werden politische Ansprüche darauf gegründet. Darum ist es nicht gleichgültig, ob das Germanentum ein halbes, ein ganzes Jahrtausend und län-

ger vor den Slawen im Lande eingesessen war, ob die Deutschen als Einheimische, als Siedler auf selbsterrungenem Boden und Träger einer aufwärts führenden Kultur oder als Gäste und Fremdlinge angesehen werden; bis auf die Entscheidungen über Siedlung und Lebensraum der Völker in der Gegenwart wirken die darüber herrschenden Vorstellungen ein.“

Mir scheinen diese Sätze in vieler Hinsicht lehrreich zu sein. Die politische Zielsetzung ist klar ersichtlich, wenn sie auch dem Verfasser offensichtlich aufgenötigt worden ist. Er distanziert sich von ihr und eignet sie sich doch zugleich an. Er spricht von historischer Romantik, von der leidenschaftlichen Erregtheit, mit der politische Ansprüche auf das geschichtliche Urteil über das Wesen der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung gegründet werden, aber er spricht zugleich von deren raumpolitischer Wirkung, von dem Heimatrecht der Völker, von ihrem Lebensraum und von ihrem Heimfestwerden durch Siedlung. Er distanziert sich von allen Emotionen, indem er nur das schwere Rüstzeug gelehrter Forschung gelten läßt, aber er sagt zugleich, daß die nationale Freude an der „Großtat des gesamten deutschen Volkes“ noch heute gelten könne, und der historisch begründete Heimatgedanke, den er ins Spiel bringt, ist gewiß nicht nur gefühlsbetont, sondern geradezu gefühlsbeladen. Aber auch anderes klingt an: eine gewisse Bagatellisierung der slawischen Siedlungsperiode in Ostdeutschland („nur durch einige Jahrhunderte“) im Zusammenhang mit der germanischen Kontinuitätstheorie („Wiederbesiedlung“), die Kulturträgertheorie („Träger einer aufwärtsführenden Kultur“; „ein Kulturwerk ersten Ranges“), vor allem die volksgeschichtliche Grundhaltung, die in Wendungen wie „völkisches Selbstbewußtsein“, „alteingeborenes Volkstum“, „Volksboden“ und in der Betonung der Leistungen des Gesamtvolkes in einem gewissen Gegensatz zu den führenden Männern scharf zutage tritt. Wir werden auf diese Dinge zurückkommen müssen.

Es kann keine Frage sein, daß in den zwanziger und dreißiger Jahren die Erforschung der deutschen Ostbewegung einen außerordentlichen Aufschwung genommen hat, und Köttschke selbst hat mit seinem Schülerkreis dazu nicht wenig beigetragen. Aber es soll dieser Tagung weniger darauf ankommen, so heißt es im Einladungsschreiben, Forschungsergebnisse mitzuteilen, als vielmehr ihren Niederschlag im Geschichtsbewußtsein und in der Geschichtsforschung der beteiligten Völker zu erörtern. Erlauben Sie mir hierzu ein paar Bemerkungen für das damalige Deutschland. Welche Stellung nahm in der Weimarer Zeit die deutsche Ostbewegung in allgemeinesgeschichtlichen Darstellungen ein? Ich kann nur einige Beispiele nennen, wie sie mein Bücherschrank hergibt. Siegmund Hellmann besprach in seiner 1920 und in zweiter Auflage 1924 erschienenen Darstellung des Frühen Mittelalters, worunter die Zeit bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts verstanden wurde, die Ostsiedlung im Rahmen eines Kapitels über die „Erweiterung des europäischen Kulturkreises“, doch griff die Fortsetzung von Kurt Kaser für das Spätmittelalter den Gedanken nicht auf. Fedor Schneider behandelte 1929 denselben Zeitraum wie Hell-

mann, erwähnte aber die Ostsiedlung nicht, und auch der anschließende Spätmittelalterband von Bernhard Schmeidler verzichtete auf ein zusammenhängendes Kapitel und brachte nur ganz gelegentliche Bemerkungen. Dasselbe gilt für die 6. Auflage des bekannten Gebhardtschen Handbuchs der deutschen Geschichte, die 1922 erschien, und auch in der 7. Auflage 1931 änderte dies sich nicht. Man darf sagen, daß die damals herrschende Richtung der deutschen Mediävistik die Ostbewegung im allgemeinen ignorierte. Eine Ausnahme machte allein Johannes Haller, der wie Hellmann in vieler Hinsicht ein Außenseiter war, nur nach einer andern Richtung hin. Seine „Epochen“ waren die wohl wirkungsmächtigste Darstellung der deutschen Geschichte in jenen Jahren, sie erschienen zuerst 1922 und wurden dann oft aufgelegt. Der Balte Haller, also selbst ein Sohn des Ostens, schätzte die Bedeutung der deutschen Ostbewegung anders ein als seine reichsdeutschen Kollegen: er nannte sie die größte Tat, die das deutsche Volk in allen Jahrhunderten vollbracht hat, ihren Beginn eine der folgenschwersten Epochen der deutschen Geschichte, und er widmete ihr entsprechenden Raum. Aber anders als Hellmann betrachtete er sie nicht vom europäischen, sondern allein vom deutschen Standpunkt aus, und zwar mit Sätzen, die festgehalten zu werden verdienen: „Das Land wurde der höheren Gesittung erschlossen“ „Es war eine Wildnis gewesen und ist durch die Deutschen in ein Land hoher Kultur verwandelt worden“ und schließlich: „Wenn es erlaubt ist, bei ganzen Völkern von Lebensaufgaben zu sprechen, ... so lehrt die Geschichte, daß der Beruf des deutschen Volkes in der Zivilisierung seiner östlichen Nachbarn liegt“. Als ob es sich um Wilde gehandelt hätte! Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht interessant zu hören, daß nach dem Tode Seeligers die Leipziger Fakultät Haller berufen wollte, daß ihr aber von der Dresdener Regierung Hellmann oktroyiert wurde. Beide Autoren, Haller wie Hellmann, huldigen übrigens der Ausrottungstheorie in krasser Form.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, die Geschichtsschreibung jener Jahre weiter zu durchmustern. Wir würden uns dem Beginn der nationalsozialistischen Zeit nähern müssen, und damit beginnt sozusagen der große Ostrummel. Man wird indes nicht sagen können, daß Hermann Heimpel seine 1935 im Rahmen des Brandtschen Handbuchs erschienene Geschichte Deutschlands im späteren Mittelalter unter diesem Einfluß mit einer ausführlichen Darstellung der Gewinnung des Ostens eröffnet habe, und auch in den bedeutenden Landesgeschichten dieser Jahre, die der Ostsiedlung breiten Raum widmeten, haben dies gewiß nicht nationalsozialistische Triebkräfte veranlaßt: Kötzschke 1935 für Sachsen, Schumacher 1937 für Ost- und Westpreußen, Lehmann im gleichen Jahre für die Niederlausitz, ein ganzer Kreis von Mitarbeitern 1938 für Schlesien, Keyser 1939 für das Weichselland und Wittram ebenfalls 1939 für die Baltendeutschen. Es waren vielmehr die Früchte sehr intensiver wissenschaftlicher Forschungen der zwanziger und beginnenden dreißiger Jahre, deren Ernte jetzt begann, Ergebnisse von Forschern, die sich in

der vorhin geschilderten Nachkriegssituation eindringlich und teilweise in sehr spezieller Weise Ostdeutschland und dem östlichen Mitteleuropa und damit auch der mittelalterlichen Ostbewegung zugewandt hatten. Aufbau und Organisation dieser Studien zu schildern habe ich nicht vor, denn andere, die selbst daran beteiligt waren, wissen davon mehr als ich. Es mag genügen, an Hand von ein paar Buchtiteln einen gewissen Einblick in die damalige Urteilsbildung zu vermitteln.

Hampes Büchlein von 1920 „Der Zug nach dem Osten“ kann noch nicht zu diesen Spezialstudien gerechnet werden, sondern ist aus einer Vortragsreihe hervorgegangen; es war vorhin im Zusammenhang der Schriften von Marcks und Schäfer zu nennen. Aber es muß auch jetzt nochmals genannt werden, denn es war der erste Versuch einer selbständig erscheinenden Gesamtdarstellung. Der Untertitel „Die kolonisatorische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter“ ist fast zum historischen Schlagwort geworden. Bei Hampe begegnet in der Einleitung auch das Wort Kulturträger, wenn auch nicht etwa zum ersten Male. Einen ganz anderen Charakter besaß das 1926 erschienene Werk „Der ostdeutsche Volksboden“, aus dem die vorhin zitierten Sätze Kötzschkes stammen. Eine Anzahl von Fachleuten behandelten hier eindringlich eine Reihe von Spezialproblemen, darunter vor allem die Fragen der ethnischen Zuweisung vorgeschichtlicher Funde, der germanischen Kontinuität im Osten und der sogenannten Ausrottungstheorie. Herausgeber war der Geograph Wilhelm Volz, und der schlagkräftige Titel nahm die Formulierung ebenfalls eines Geographen, nämlich Albrecht Pencks, auf. Wir kommen auf den Sinn des Ausdrucks zurück und bemerken vorerst nur, daß in der Einleitung betont wird, politisches Schicksal könne den Volksboden nicht antasten, „solange das Volk, die Volkheit lebendig ist“. Es waren Streitfragen, die erörtert wurden, Streitfragen vor allem zwischen deutschen und polnischen Gelehrten, und es kann eigentlich für niemanden ein Zweifel bestehen, daß damals die Beweggründe auf beiden Seiten politischer Art waren. Einen anderen Ausgangspunkt suchte ein Werk zu gewinnen, das auf dem Warschauer Internationalen Historikertag von 1933 vorgelegt wurde. Es behandelte die deutsche Ostbewegung zwar nicht ausdrücklich, sondern streifte sie nur immer wieder in einer Reihe von Einzelbeiträgen. Herausgeber war Albert Brackmann, der Titel „Deutschland und Polen“. „Die deutschen Historiker“, so hieß es im Vorwort, „die in diesem Buch das Wort zur Frage der geschichtlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschen nahmen, haben den Versuch unternommen, die historische Betrachtung in andere Bahnen zu lenken, als sie in den letzten Jahren vielfach beschritten wurden. Ein großer Teil dessen, was bisher über die Frage geschrieben wurde, liefert den Beweis, daß bei einer Problemstellung, die vor allem durch politische Gegenwartsfragen bestimmt wird, die richtige Erkenntnis der geschichtlichen Ereignisse nur zu leicht verbaut und die geschichtliche Wahrheit nur zu leicht verfälscht wird“. Damit waren die bisherigen Motive der Forschung klar charakterisiert, und eine Änderung hätte nun

vor allem den eben berührten Streitfragen zugute kommen müssen. Aber zu einem Ausgleich kam es nicht. Die Polen antworteten 1934 im „Kwartalnik Historyczny“ schroff ablehnend, und daß in Deutschland in der Folgezeit der Wissenschaft im Verkehr mit dem Ausland weitgehend die Hände gebunden waren, ist allgemein bekannt. 1937 erschien Rudolf Köttschkes „Geschichte der Ostdeutschen Kolonisation“. Jetzt endlich, aber soviel ich sehe, zum einzigen Male, erscheint hier in einem Buchtitel das Wort ostdeutsche Kolonisation, das sonst im deutschen wissenschaftlichen Sprachgebrauch durchaus üblich war. Wiederum ist ein Blick in das Vorwort lehrreich: „Geschichte des ostdeutschen Volksbodens“, so heißt es, „kann nur vom gesamtdeutschen Standpunkt aus geschrieben werden: die Räume zwischen Ostsee und Adria, der Südosten ebenso wie der mitteldeutsche Osten und der Nordosten, müssen in gleicher Weise Beobachtungsfeld sein. Auch in zeitlicher Hinsicht ist ein Überblick der Gesamtbewegung erforderlich“. Die gleiche Forderung hatte gleichzeitig und völlig unabhängig von Köttschke Hermann Aubin im DALVF 1 (1937) erhoben und begründet. Die drei Aufsätze erschienen nochmals 1939 als besonderes Heft. Hatte Köttschke von ostdeutscher Kolonisation gesprochen, so sprach Aubin sehr viel allgemeiner von deutscher Ostbewegung, die er in ihrer zeitlichen, räumlichen und inhaltlichen Ganzheit erfaßt wissen wollte. In beiden Fällen scheint mir der Zusammenhang mit der sogenannten gesamtdeutschen Geschichtsauffassung deutlich zu sein, zu der sich für einen ganz anderen Gegenstand Heinrich von Srbiks Werk „Deutsche Einheit“, das seit 1935 erschien, bekannte. Schon in einem Vortrag von 1929, der in der „Deutschen Vierteljahresschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte“ erschien, hatte er von der „schicksalhaften Gestaltung der drei ostdeutschen Kolonialräume, des preußisch-baltischen, des schlesischen und des donauösterreichischen“ gesprochen, die auch Köttschke und Aubin im Auge hatten, und die Frage des „Anschlusses“, die damals die Gemüter bewegte, ist sicherlich nicht ohne Einfluß auf diese räumliche Konzeption gewesen, über deren wissenschaftliche Gültigkeit kein Wort verloren zu werden braucht. Ob dies auch für die Ganzheitskonzeption in zeitlicher Hinsicht gilt, scheint mir fraglich. Ich möchte jetzt nicht auf die Unterschiede mittelalterlicher und neuzeitlicher Siedelbewegung eingehen, die es geraten erscheinen lassen, beide vielleicht doch lieber deutlich voneinander abzuheben, sondern ich möchte fragen, ob „ostwärts gerichtete Vorgänge der Karolingerzeit“, die stattfanden, bevor es ein deutsches Volk überhaupt gab, der deutschen Ostbewegung und damit der deutschen Geschichte zugerechnet werden dürfen. Denn daß eben dieses deutsche Volk, dessen Entstehung wir heute vereinfachend um 900 ansetzen, der Träger der Bewegung gewesen sei, darüber sind sich alle Genannten einig, auch Aubin, und sie begegnen sich mit Srbik, der 1937 in der „Historischen Zeitschrift (HZ)“ eine Auseinandersetzung mit Brandenburg und Hartung über die gesamtdeutsche Geschichtsauffassung mit den Worten schloß: *sanctus amor populi dat animum*.

Das letzte Werk, das in diesem Zusammenhang zu nennen ist, ist die große zweibändige Festschrift für Albert Brackmann von 1942, die den Titel „Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg“ trägt. Nur der erste Band kommt für uns in Betracht, und auch in ihm gelten nur einige Aufsätze der mittelalterlichen deutschen Ostsiedlung ausdrücklich. Im Grunde aber trägt sie den ganzen Band. Es geht nicht um Ostmitteleuropa allgemein, sondern es geht um die Deutschen und ihre Leistung in diesem Raume und allenfalls um die Germanen als ihre Vorgänger, nur in Ausnahmefällen aber um die slawischen und baltischen Völker und um die Ungarn. Der Sinn des Ausdrucks ‚Deutsche Ostforschung‘ ist damit eindeutig umgrenzt, und damit auch die Betrachtungsweise der mittelalterlichen Ostbewegung. Die Ostvölker erscheinen, um es einmal scharf zuzuspitzen, gleichsam nur als Objekte der Kolonisation. Nicht etwa, daß nationalsozialistische Gedanken sich breit machten. Sie fehlen nicht ganz, aber auf das Ganze gesehen handelt es sich um die stolze Bilanz einer sauberen, ernsten, erstaunlich ausgebreiteten Forschungsarbeit von zwei Jahrzehnten, die jeder sachlichen Kritik standhält. Nur, daß sie ihren Standpunkt einseitig gewählt hatte: sie betrachtete die Dinge nur von Deutschland her, die notwendige Ergänzung hatte man der anderen Seite überlassen. Apologie und Polemik konnten in einem Augenblick zurücktreten, in dem durch die Waffen „ein gewaltiger Umbruch im Osten Mitteleuropas“ heraufgeführt worden war, wie das Vorwort sagt, ein Umbruch, der die Revision des in den Pariser Vorortdiktaten geschaffenen Zustandes in greifbare Nähe zu rücken schien. Aber die wissenschaftliche Kampfsituation, aus der das Werk geboren war, ist in jedem Beitrag zum Greifen deutlich. Es ist nicht Ostmitteleuropaforschung, die dargeboten wird, sondern eben zeitbedingte deutsche Ostforschung. Die Revision erfolgte schließlich in einem ganz andern Sinn, und damit hatte zunächst einmal die andere Seite das Wort.

Wenn ich nunmehr auf einige spezielle Probleme der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung und ihre Behandlung im Rahmen der gekennzeichneten Situation zu sprechen komme, kann ich mich relativ kurz fassen. Die beiderseitige Zielsetzung ist klar, sie war „durch politische Gegenwartsfragen bestimmt.“ Die einen wollten Revision, die anderen Sicherung des Erworbenen; die einen weitgehende Autonomie der deutschen Minderheiten in den 1919 geschaffenen Nationalitätenstaaten des östlichen Mitteleuropa, die anderen straffe staatliche Zusammenfassung. Wer diese Ziele historisch begründen wollte, der stieß unweigerlich auf die mittelalterliche Ostbewegung und ihre Sachfragen. Am klarsten schieden sich die Geister seit langem in Böhmen. Hier galten die Deutschen den Tschechen seit den Tagen Palackýs als Eindringlinge, denen allenfalls Gastrecht zu gewähren sei, während die Deutschen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg zum sogenannten Sudetendeutschtum formierten, ein durch geschichtliche Leistung erworbenes Heimatrecht beanspruchten. Einen neuen Gesichtspunkt hatte schon vor dem Kriege der Brüner Landes-

archivar Bertold Bretholz hinzugebracht, indem er zu beweisen suchte, die Deutschen seien länger im Lande als die Tschechen, denn sie seien die Nachkommen einer niemals völlig abgewanderten germanischen Bevölkerung der ersten nachchristlichen Jahrhunderte. Zwar traten die Deutschen Adolf Zycha und Wilhelm Wostry dem sofort mit guten Gründen entgegen. Da aber die Polen für den Nordosten ähnliche Wege beschritten und unter der Führung Kostrzewskis umgekehrt behaupteten, die sogenannte Lausitzer Kultur bereits der Bronzezeit sei slawisch und demzufolge sei der ganze von ihr erfüllte deutsche Osten zwischen Oder und Weichsel altslawisches Land, der Urgermanentheorie sich also eine Urslawentheorie gegenüberstellte, die nicht nur den deutschen Revisionsansprüchen entgegentrat, sondern im Angriff die beste Verteidigung zu erblicken schien, wurde von deutschen Gelehrten wenn nicht die Urgermanentheorie so doch das Germanenargument aufgenommen, und zwar für den ganzen deutschen Osten. Die mittelalterliche Kolonisation wurde jetzt als „Wiederbesiedlung“ bezeichnet. Kötzschke hörten wir schon; im gleichen Bande äußerten sich so angesehene Gelehrte wie Alfons Dopsch und Robert Holtzmann im gleichen Sinne. Karl Schuchhardt bezeichnete anderwärts die Lausitzer Kultur als germanisch; schließlich schrieb man sie einem aus wenigen Lokalnamen konstruierten Volke nordillyrischer Sprachzugehörigkeit zu, während die Polen an ihrer Auffassung mit wenigen Ausnahmen festhielten. Zu einem Ausgleich konnte es natürlich nicht kommen, solange man sozusagen das Rechtsspruchwort „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ auf die Begründung territorialer Ansprüche des 20. Jahrhunderts übertrug. Doch ist zu bemerken, daß Ernst Schwarz für Böhmen die eigentliche Urgermanentheorie schon 1931 mit namenkundlichen Argumenten schlüssig widerlegt hat. Seitdem lebte sie in Deutschland nur noch in modifizierter Form weiter, vor allem auf Grund gewisser Bodenfunde.

Die Vorgeschichte konnte also auch unter dieser Sicht für beide Seiten als „hervorragend nationale Wissenschaft“ gelten. Selbstverständlich war sie nicht die einzige in Betracht kommende. Es ist vielmehr bezeichnend, daß die Ostforschung als ein sogenanntes Integrationsfach erschien, indem unter bestimmten Gesichtspunkten viele Wissenschaften zusammenarbeiteten. Dies gilt z. B. für die Entscheidung zwischen der schon genannten Ausrottungstheorie, welche meinte, die Slawen seien im deutschen Osten zum größten Teile von den Deutschen vernichtet oder doch auf die schlechtesten Böden abgedrängt worden, und einer Theorie, wie sie der Russe Jegorov am Beispiel Mecklenburgs zu beweisen versuchte und die besagte, die Träger des großen Siedlungs- und Rodungsvorganges seien ganz im Gegenteil in der Hauptsache die einheimischen Slawen gewesen, eine deutsche bäuerliche Einwanderung habe in nennenswertem Maße gar nicht stattgefunden und demzufolge handle es sich in Wirklichkeit nicht um einen Siedlungsvorgang, sondern um einen Germanisierungsprozeß. Man sieht, in wie extremer Weise die Theorien voneinander abweichen, was nur durch breite Forschungslücken möglich war. An-

genehm konnten sie den Deutschen beide nicht sein, ebenso wenig wie eine gewisse Modifikation der Jegorovschen Theorie in Polen, wo man der Ansiedlung slawischer Bevölkerung zu deutschem Recht weit größere Bedeutung beimaß als der eigentlichen deutschen Bauernsiedlung. Die Ausrottungstheorie ließ die Deutschen als grausame Wüteriche erscheinen, Jegorovs Theorie als Unterdrücker fremden Volkstums, dem die eigentliche Kulturleistung zukam; nach der polnischen Ansicht wurde wenigstens der Umfang deutscher Siedlung stark reduziert. Die deutsche Forschung suchte demgegenüber durch sehr spezielle Einzelerhebung überall ihren wirklichen Umfang aufzuzeigen, was vor allem mit Hilfe des Namengutes und der Siedlungsformen gelang. Daß an diesen Forschungen neben der Siedlungsgeschichte auch die Rechtsgeschichte und die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte beteiligt waren, ergibt sich aus der Sache selbst. Festzuhalten ist, daß man sich nach dem Nachweis deutscher Zuwanderung über Verbleib und Schicksal der slawischen Bevölkerung wenig Gedanken machte.

Als ein Teilproblem des eben genannten kann die Frage nach der Entstehung des Städtewesens im östlichen Mitteleuropa gelten. Hier standen sich Evolutionstheorie und Kolonisationstheorie gegenüber, wobei die Deutschen nahezu ausschließlich die letztere vertraten, während bei den Polen die Meinungen geteilt waren. Die Tschechen haben, wenn ich mich nicht täusche, die Evolutionstheorie in ihrer extremen Form nie vertreten. Selbstverständlich ist es ein grundlegender Unterschied, ob das östliche Städtewesen im Zuge der mittelalterlichen Ostbewegung als etwas Fertiges von den Deutschen nach Osten verpflanzt wurde oder ob ein hier bereits vorhandenes Städtewesen nur eine Entwicklungsbeschleunigung erfuhr oder gar durch eine Verfremdung in seinen eigentümlichen Wachstumsmöglichkeiten gehemmt und gestört wurde, wie von polnischer Seite ebenfalls angenommen worden ist. Zu scheiden ist dabei der bevölkerungsgeschichtliche von dem rein rechtsgeschichtlichen Aspekt. Daß Übertragung deutschen Stadtrechts auf fast rein slawisch bevölkerte Städte stattfand, ist von deutscher Seite nicht bestritten worden, desgleichen von polnischer kaum, daß mit einer wirklichen Rezeption westlichen Stadtrechts zu rechnen ist. Alles andere aber war strittig, insbesondere Umfang und Bedeutung der deutschen Bürgersiedlung und selbst die Herkunft rationaler städtischer Siedlungsformen, wie sie in dem sogenannten Normal-schema nordostdeutscher Stadtgrundrisse ihren Niederschlag gefunden haben.

Die Kolonisationstheorie ist nun von den Deutschen wiederum geltend gemacht worden für das, was ich die Kulturträgertheorie nennen möchte. Sie ist uns vorhin bei Joh. Haller bereits entgegengetreten und sie hat, wenn auch in minder extremer Form, die deutsche Ostforschung zwischen den beiden Weltkriegen beherrscht. Hören wir Hampe 1920: „Der engere, aber ungleich begünstigtere Westen erschloß sich früher der Kultur, wurde volkreich, gewerbsfläßig, rohstoffbedürftig; die Eingliederung in die Welt des römischen Reiches förderte solche Entwicklung. Die weiten Ebenen des unwirtlichen Ostens dage-

gen blieben von höherer Kultur unberührt, dünn bevölkert, arm an Gewerbe, reich an Rohstoffen. Aus diesem Unterschiede ergab sich die Notwendigkeit eines west-östlichen Austausches, und naturgemäß waren es die westlichen Kulturträger, welche in die östlichen Gebiete, welche für sie Kolonialland wurden, vordrangen.“ Es ist hier nur die Rede von West und Ost, aber an anderer Stelle wird dann auch der Volksname genannt: „Überlegenheit an Kultur, Technik, Arbeitsfreudigkeit und sittlicher Kraft brachte dem mittelalterlichen Deutschen mehr als rohe Gewalt seine erstaunlichen Erfolge.“ Wie fragwürdig es ist, ganzen Völkern Zensuren über ihre Arbeitsfreudigkeit und vor allem sittliche Kraft zu erteilen, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Auch den vielen Variationen des Themas in der Folgezeit gehen wir nicht weiter nach. Es durchzieht die Literatur dieser Jahre wie ein roter Faden. 1932 z. B. sieht ein sudetendeutscher Historiker um das Jahr 800 eine gewaltige Kulturzäsur in politischer, geistiger und materieller Hinsicht klaffen, es wird von einem politischen Vakuum im Osten gesprochen und die Primitivität slawischer Kulturmittel, so heißt es, gehöre zu den erschütterndsten Erlebnissen in jeder prähistorischen Sammlung. Deutsche Aufbaukräfte in Polen hat es, betrachtet man eine spätere Zeit, gewiß gegeben, aber mußte man dies den Polen immer wieder vorrechnen? Rechnete man nicht das Verdienst der Vorväter der eigenen Zeit zugute? War es nötig, in einem sonst völlig sachgemäßen Aufsatz über das Wesen der ostdeutschen Kolonisation zu schreiben: „Indem wir uns heute dessen erinnern, daß der Osten von jeher ein Arbeitsfeld deutscher Menschen gewesen ist, kommt uns die ganze Erhabenheit der geschichtlichen Mission zu Bewußtsein, die wir jetzt wieder in diesem Lande auf uns nehmen, um sie nie mehr aus den Händen zu geben?“ Die Völker des östlichen Mitteleuropa haben dieser Ideologie die Lehre vom deutschen „Drang nach Osten“ gegenübergestellt. Der Ursprung des Schlagwortes ist obskur. Dvornik behauptete 1943 im „Cambridge Historical Journal“, die Deutschen selbst hätten es aufgebracht, was wohl stimmt; hochgetrieben aber haben es die Russen und Polen. Der für die Kriegszeit erstaunlich objektive Aufsatz Dvorniks mit dem Titel ‚The first Wave of the Drang nach Osten‘ stellte fest, die lange Geschichte dieser Erscheinung sei mit Blut und Tränen geschrieben, und mit diesen drei Worten, ‚blood and tears‘, war die Gegenposition gegen das deutsche Kultursendungsbewußtsein im Grunde umschrieben. Auch den zahlreichen Variationen dieses Themas wollen wir nicht weiter nachgehen, sondern wir begnügen uns mit dem Hinweis, daß seit Palacký einer slawischen Welt der Freiheit, des Friedens und des Rechts eine germanisch-deutsche Welt der Herrschaft, des Kampfes und der Unterdrückung gegenübergestellt wurde und daß die deutsche Ostbewegung den extremen Vertretern dieser Theorie als eine tausendjährige kontinuierliche Aggressionspolitik erschien, gerichtet auf die gewaltsame Wegnahme der slawischen Länder und die Ausrottung und Verknechtung der dortigen Bevölkerung, diktiert von brutalem Machttrieb und barbarischer Grausamkeit.

Gewiß sind dies Extreme, es hat nicht an Polen und Tschechen gefehlt, welche die deutsche Kulturleistung bis zu einem gewissen Grade anerkannten, und es fehlte andererseits nicht an Deutschen, welche die eigenen Leistungen der Ostvölker nicht übersahen. Aber trotzdem konnte man unter den gegebenen Voraussetzungen nicht zu einem übereinstimmenden Urteil über die Bedeutung der mittelalterlichen Ostbewegung in der Geschichte des östlichen Mitteleuropa kommen. Wenn Kötzschke im Vorwort seines Buches von 1937 schreibt: „Dabei sei betont, daß nicht allgemein eine Landes- und Bevölkerungsgeschichte der östlichen Gebiete hier zu schreiben war. Nur die geschichtliche Darstellung der deutschen Siedlung im Osten selbst ist Aufgabe und Gegenstand dieser Schrift“, so ist dies ein sehr deutliches Zeugnis dafür, daß die Einseitigkeit, von der vorhin gesprochen wurde, der deutschen Forschung bewußt war. Eine Folgerung wurde aber aus den Einsichten, die solchen Äußerungen zugrunde liegen müssen, nicht gezogen, und so konnte es ganz folgerichtig nicht zu einer eigentlichen Ostmitteleuropaforschung kommen.

Wir halten einen Augenblick inne. Beide Seiten arbeiteten mit der gleichen wissenschaftlichen Methode und gelangten doch zu ganz verschiedenen Ergebnissen, zwischen denen ein Ausgleich nicht möglich zu sein schien. So paradox es zunächst klingen mag: wissenschaftliche Einsicht und wissenschaftliches Urteil erwiesen sich als abhängig von der Volkszugehörigkeit. Natürlich liegt dies zum Teil einfach an den politischen Zielsetzungen, die wir gekennzeichnet haben. Auch der zuletzt berührte Gegensatz, Kultursendung oder Drang nach Osten, war ja zugleich ein Gegensatz in der Begründung gegenwärtiger politischer Ansprüche. Aber das scheinbare Paradoxon hat doch auch tiefere Gründe. Man ist sich meist nicht bewußt, daß es nicht selbstverständlich ist, daß wir von deutscher, polnischer, englischer, tschechischer Geschichte sprechen können. Eine Konzeption liegt zugrunde, die in den Völkern die Träger des geschichtlichen Prozesses sieht. Der Antike war sie in dieser Form unbekannt, und es ist schon an dieser Stelle zu fragen, ob sie sich wird in Zukunft aufrechterhalten lassen. Daß sie für den Historiker erkenntnistheoretische Folgen hat, liegt auf der Hand. Man weiß seit Alfred Dove, daß das Frühmittelalter den Wiedereintritt des nationalen Prinzips in die Weltgeschichte brachte, wie er es ausdrückte. Seit Cassiodor, Gregor von Tours, Isidor, Beda, Paulus Diakonus und Widukind von Corvey werden Volksgeschichten geschrieben bis auf den heutigen Tag, obwohl sie nicht die einzige Gattung der Geschichtsschreibung sind. Das „gentile“ Prinzip, wie man es lieber nennen sollte, übrigens ebenfalls im Anschluß an Dove, hat seine Lebenskraft erwiesen. Es stand zunächst im Gegensatz zum imperialen Prinzip; der Gegensatz universal und nationaler Gesichtspunkte in der Geschichtsschreibung ist älter, als man glaubt. Es kann nun nicht meine Aufgabe sein, auf das Verhältnis dieses ein Jahrtausend alten Gentilismus zum modernen Nationalismus einzugehen. Wir haben Kenner dieses Problems unter uns, die sich dazu sehr viel besser äußern

können als ich, und hoffentlich tun sie es in der Diskussion. Mit der Entstehung des modernen Staates, der sich im Zeitalter des Absolutismus und, gerade in Deutschland, stellenweise noch später vollendet, kommt ein neues Moment hinzu, und das Verhältnis der Völker zu den staatlichen Bindungen wird gerade im östlichen Mitteleuropa zu einem brennenden Problem. Für die Deutschen entsteht 1866 das Problem des Verhältnisses von Staatsnation und Kulturnation. Ich nenne beide Begriffe als Stichwörter, möchte aber bemerken, daß mir der Begriff der Kulturnation etwas tief Fragwürdiges hat, sofern man nicht die Sprache als bloße Kulturerscheinung faßt. Ich kann, wie gesagt, auf all dies nicht eingehen, schon deshalb nicht, weil ich als mittelalterlicher Historiker auf dem Glatteis neuerer Geistes- und Wissenschaftsgeschichte leicht ausrutschen könnte. Deutlich ist doch wohl immerhin, daß das geschichtliche Urteil über die deutsche Ostbewegung insgesamt wie sogar in den Einzelheiten nur aus der skizzierten Problematik heraus verstanden werden kann. Denn diese Ostbewegung war es ja gerade, welche die so äußerst komplizierte Situation im Osten geschaffen hat, die Verzahnung der Volksgrenzen, die durch die ein Jahrhundert gültigen staatlichen Grenzziehungen des Wiener Kongresses nur überdeckt, aber nicht aufgelöst werden konnten. Sie hatte einen Prozeß der Umvolkung herbeigeführt – das Wort ist nicht schön, aber treffend –, der im Urteil des modernen Nationalismus als ein Unglück oder als ein Verrat gelten mußte, und dieser Prozeß setzte sich in den Grenzgebieten und im Bereiche des sogenannten Außendeutschtums bis in die Gegenwart fort. Im Verlaufe von Jahrhunderten hatten die Slawen des deutschen Ostens ihre heimische Sprache mit der deutschen vertauscht, aber Reste hatten sich bis ins 20. Jahrhundert in den Lausitzen erhalten. Waren sie in der Tat „un peuple martyr“, wie eine 1920 in Brüssel erschienene, aber in Prag gedruckte Schrift behauptete? Die nicht deutschsprachigen Masuren stimmten 1920 fast einstimmig für Deutschland. In Polen und in Innerböhmen war andererseits seit langem eine beträchtliche ursprünglich deutsche Bevölkerung polonisiert und tschechisiert worden, und die noch vorhandenen Sprachinseln schrumpften weiter, während wiederum in Siebenbürgen und im Baltenland sich das in der Siedlungszeit entstandene Deutschtum zunächst noch erhielt. Jede Änderung des bestehenden Zustandes, wie ihn in den Grundzügen die deutsche Ostbewegung geschaffen hatte, erschien als Gewinn oder als Verlust, und vom Standpunkte dieses Volkstumskampfes her gesehen mußte auch das Ergebnis der Ostbewegung selbst als Gewinn oder Verlust erscheinen, je nach der Volkszugehörigkeit des Beurteilers. Die Erforschung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung erfolgte also auf dem Hintergrunde nicht nur der politischen, sondern auch der geistigen Auseinandersetzung von Volk zu Volk. In Deutschland entstand damals eine Volkstheorie, die der besonderen Lage des Grenz- und Außendeutschtums gerecht zu werden suchte. Eindringlich wurde in dem Kreise um das „Handwörterbuch für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ das Verhältnis von Volk, Nation, Staat und Sprache erörtert. Man glaub-

te, die Eigenständigkeit des Volkes entdeckt zu haben, die in Wirklichkeit, wie Dove schon 1890 gezeigt hatte, bereits vor einem Jahrtausend entdeckt worden war. Das Wort Volksgeschichte erhielt jetzt allerdings in der Wendung gegen den sogenannten Etatismus wirklich einen neuen Sinn. Die Stellung der Österreicher in dieser geistigen Strömung verdient besondere Beachtung. Als ihr Exponent zwischen den Weltkriegen kann Srbik gelten, der 1929 die „volkliche“ neben der „reinstaatlichen“ Betrachtung der deutschen Geschichte und die Schaffung eines „gemeinsamen deutschen Volksbewußtseins auf der Grundlage eines gemeinsamen Geschichtsbewußtseins“ forderte. Er ging aus von 1866, griff aber viel weiter zurück, und es ist höchst aufschlußreich, daß er in einer eigentümlichen Dreiteilung das „nichtkoloniale“ oder „reine“ Deutschland, wie er es nannte, von den beiden Deutschland der beiden deutschen Großmächte absetzte. Die Grundlagenbedeutung der deutschen Ostbewegung für diese „volksgeschichtliche“ Auffassung tritt damit in helles Licht, und es kann kein Zweifel sein, daß sie in ganz besonderem Hinblick auf die Verhältnisse im Osten wenn nicht ausgebildet, so doch fruchtbar gemacht wurde. In den „Deutschen Blättern für Volks- und Kulturbodenforschung“, im „Deutschen Archiv für Landes- und Volksforschung“ kommen die neuen Gedanken schon im Titel zum Ausdruck; die Zeitschrift „Jomsburg“ führte den Untertitel „Völker und Staaten im Osten und Norden Europas“.

Die Erforschung der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung erfolgte in Deutschland jetzt ganz unter diesen Gesichtspunkten. Dies ließe sich vielfach belegen. Ich begnüge mich mit zwei Zitaten: „Die deutsche Ostsiedlung“, formulierte Kötzschke 1937, „erweist sich als ein tragender Grundpfeiler des deutschen Volkstums. Ihre Geschichte . . . zu kennen ist nötig für das allseitige Verstehen deutscher Landes- und Volksgeschichte und damit überhaupt für die rechte tiefe Würdigung deutscher Wesensart“, und H. Aubin sagte im gleichen Jahre: „Kein anderer Standpunkt der geschichtlichen Betrachtung könnte gewählt werden, welcher der deutschen Ostbewegung in vollerm Maße gerecht würde als der, welcher im Volke die tragende Größe der historischen Geschehnisse sieht und diese in dessen Rahmen darzustellen unternimmt. Die zentrale Aufgabe einer deutschen Volksgeschichte wäre, die Entwicklung des deutschen Volkskörpers zu erforschen, der nirgends weniger mit den deutschen Staatsgrenzen zusammenfällt, nirgends daher mehr nach selbständiger Darstellung verlangt als hier im Osten.“ Wer wollte dies nicht unterschreiben? Die Gefahr für den volksgeschichtlichen Aspekt bestand freilich darin, daß allzu sehr die Tatsache der zumal seit 1919 hinter der Volkssiedlung zurückbleibenden Staatsgrenze in den Vordergrund trat, während es im Mittelalter und in der Neuzeit doch auch Zeiten gegeben hatte, in denen sie der Siedlung vorausgeeilt war und es zweifellos die Aufgabe des Historikers ist, das Ganze des geschichtlichen Ablaufs ins Auge zu fassen. Auf diese Perioden richtete die andere Seite ihr Augenmerk, wobei zu bemerken ist, daß auch der polnische und tschechische Volksbegriff, wenn ich recht sehe, zunächst durchaus unetati-

stisch war, wenn er sich dann auch mit einem Nationalismus westlicher Herkunft verband.

Dies war die Situation bei Ausbruch des sogenannten Dritten Reiches. Die Stellung, welche die meisten, die sich wissenschaftlich mit der Geschichte der deutschen Ostbewegung befaßt hatten, damals einnahmen, bringt ein Satz Aubins aus dem „Deutschen Archiv“ von 1937 zum Ausdruck, mit dem er seine Aufsatzreihe über die deutsche Ostbewegung eröffnete: „Wir haben es miterleben dürfen, wie ein wissenschaftliches Forschungsergebnis vor unseren Augen zu wirkendem Volksbewußtsein geworden ist.“ Wir haben freilich dann auch miterlebt, daß dies eine furchtbare Täuschung war. Weder war der Nationalsozialismus wirkendes Volksbewußtsein, noch kümmerte er sich gerade im Osten um wissenschaftliche Forschungsergebnisse. Was in der nationalsozialistischen Zeit unseren östlichen Nachbarvölkern angetan worden ist, sollte niemals vergessen oder aus dem Bewußtsein verdrängt werden; es bildet den schaurigen Hintergrund auch der heutigen wissenschaftlichen Diskussion. Gerade wer mit der volksgeschichtlichen Betrachtungsweise Ernst macht, kann die Geschehnisse der Kriegsjahre im Osten noch weniger aus dem Verlaufe der deutschen Geschichte ausklammern als jeder andere. Gewiß waren die deutschen Ostforscher an ihnen im allgemeinen nicht beteiligt, ja die wenigsten von ihnen dürften damals eine eingehendere Kenntnis der nationalsozialistischen Untaten erlangt haben. Es ist auch sicher richtig, daß nur ganz wenige den damals propagierten Anschauungen wirklichen Einfluß auf ihre wissenschaftlichen Einsichten eingeräumt haben. „Nur die ernste Wahrheitsforschung wird ohne Voreingenommenheit das Urteil sprechen dürfen“, hat Kötzschke 1926 mit Bezug auf die Ostbewegung gesagt, und daran haben sich wohl die meisten gehalten. Was man aber tat, war zweierlei: man beharrte natürlich insgesamt bei der einseitigen Einstellung, die man schon bisher gehabt hatte, und man machte nicht selten terminologische Zugeständnisse, sei es im guten Glauben, sei es aus Opportunismus oder aus welchen Gründen immer. Mein hochverehrter verstorbener Lehrer wird es mir verzeihen, wenn ich gerade ihn in diesem Augenblick als einzigen zitiere, die Gründe habe ich eingangs dargelegt. „Mit vollster Einsatzbereitschaft, klarer Einsicht und entschlossener Willensstärke“, so heißt es 1937 in Kötzschkes Geschichte der ostdeutschen Kolonisation, „schlug erst der Sieg der nationalsozialistischen Bewegung 1933 durch unter ihrem Führer zu neuer deutscher Zukunft, Adolf Hitler, der selbst ein Sohn südostdeutschen Landes und Stammes ist. Nach ihren Kerngedanken, die in dem packenden Wort von ‚Blut und Boden‘ einen sinnfälligen einleuchtenden Ausdruck gefunden haben, wird der Siedlung höchster Wert beigemessen, auf der die innige Verbundenheit von Volk und Boden beruht ...“ Und weiter: „Aber der Bauer allein kann es nicht schaffen: Arbeiter und Bürger müssen ihm mit anderer Werkverrichtung zur Seite stehen, an angemessenem Platze auch bodentreuer Adel, überhaupt ein jeder Volksgenosse nach seiner besonderen Leistungspflicht in echt volksdeutscher Gesinnung, die stets

auf das Ganze blickt. So bezeugt es auch die mehr als tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes und seines Lebensraums nach den Erfahrungen in jedem Zeitalter ostdeutscher Siedlung von der hochgemuten Germanenzeit bis zu der neudeutschen Leben jugendlich hoffnungsfroh gestaltenden Gegenwart.“

Meine Damen und Herren, das Zitat schockiert heute natürlich, und das soll es auch; es soll, wie gesagt, das einzige bleiben. Rudolf Köttschke war eine *anima candida*, das weiß jeder, der ihn kannte. Aber gerade deshalb ist er geeignet, uns daran zu erinnern, wie es damals eigentlich gewesen ist. Wer unter uns ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein auf ihn. Der Volksbegriff wandelte sich damals unter dem Einfluß der Rassenideologie und der Überschätzung des Erziehungs- und Züchtungsgedankens aus einem geschichtlichen in einen biologischen Begriff. Man sprach von Herrenrasse und von Herrenvolk, und dies hatte seine Wirkung auch auf die Beurteilung der Ostbewegung. Der „starke deutsche Blutanteil“ sollte bei den Tschechen eine Aufnahmebereitschaft für westliche Kulturgüter hervorgerufen haben, und von den Polen glaubte man sagen zu dürfen, sie hätten „wesentliche Teile ihrer kulturellen Leistungen nicht aus eigenen, sondern durch deutsche Kräfte vollbracht“. Die Idee des Deutschen Ordens glaubte man in der nationalsozialistischen Idee wiederzufinden, unter deutlicher Anspielung auch auf die Ordensburgen, die der Hitlerismus eingerichtet hatte. Die Verlagsunternehmen erkannten die Konjunktur. So erschien in der gleichen Aufmachung wie die von Walter Goetz herausgegebene „Propyläen-Weltgeschichte“, welche keinen besonderen Abschnitt über die Ostbewegung enthalten hatte, 1936 ein ganzer Band „Der deutsche Osten“ mit sehr gemischtem Inhalt. Andererseits wurde die Kulturträgertheorie auf das äußerste zugespitzt, so etwa in einem Buche, das den Titel „Deutschtum im Völkerraum“ trägt und 1938 erschien. Hier wird beispielsweise zwar im Sinne volksgeschichtlicher Betrachtung in außerordentlich lehrreicher Weise auf die Stellungnahme Helmolds von Bosau zur Missions- und Kolonisationspolitik Heinrichs des Löwen eingegangen, wobei Helmolds deutliches Bewußtsein von der Eigenberechtigung und dem Eigenwert obotritischen Volkstums zutage tritt, aber dann wird nur geschlossen: „Der bestimmende Zug darin ist das Erziehtum gegenüber den Slawen, von da an durch die Jahrhunderte bleibt dies die vornehmste Würde und Rechtfertigung deutschen Herrentums“, und so ist das ganze Buch. Die „Überzeugung vom ungleichen Rang der Völker“ hat, so heißt es, „Herrschaft und Oberhoheit, Führung und Ausbreitung des Deutschums im Osten, Mission und Kolonisation und politische Macht getragen“, und der ungleiche Rang der Völker ist auch die Überzeugung des Verfassers, wie sich zeigen ließe. Von welcher Wirkung diese Ansichten auf die westslawischen Völker sein mußten, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden. Selbst vor offensichtlicher Fälschung schreckte man nicht zurück, wie die sogleich in Umlauf zu setzende Karte mit ihren kommentierenden Bemerkungen zeigen mag. So, wie das Wort Volks-

raum hier gebraucht wird, hat es mit der ursprünglichen Bedeutung des Wortes Volksboden nichts mehr zu tun.

Ich breche ab. Es ließe sich natürlich noch vieles zu diesem Punkte sagen, aber worum es geht, dürfte doch wohl schon bisher deutlich geworden sein.

Der Nationalsozialismus hat alles, was er anfaßte, korrumpiert, so auch die deutsche Volksgeschichte im allgemeinen und die volksgeschichtliche Betrachtung der deutschen Ostbewegung im besonderen. Ein völlig neuer Anfang war nach dem Zusammenbruch nötig, der diese Korruption radikal beseitigte. Es kann nicht meine Aufgabe sein, den Neuaufbau der deutschen Ostforschung nach dem Kriege, die Formung einer neuen Konzeption in Wandlung und Beharren, auch nur in den größten Umrissen zu schildern. Dies kommt denen zu, die diesen Neuanfang mitgetragen und mitveranlaßt haben. Erlauben Sie mir aber, meine Meinung zu einigen Gegenständen zu sagen, die bei der Bestimmung des Standorts gegenwärtiger Ostforschung oder Ostmitteleuropaforschung vielleicht nicht unwichtig sind. Teilweise wird dies in der Form von Fragen zu geschehen haben, die vielleicht in der Diskussion beantwortet werden können.

Die Korruption wurde beseitigt, so sagte ich. Ein Prozeß ernstester Selbstprüfung führte auch bei den meisten von denen zu einer wirklichen Gesinnungswandlung, die in der Zeit des sogenannten Dritten Reiches recht laut ins Horn gestoßen hatten. Aber genügte ein solcher Gesinnungswandel nur in bezug auf den Nationalsozialismus? War er nicht auch in bezug auf die Auffassung der Jahre vor 1933 nötig, deren Konzept, wie wir sahen, ja doch weitgehend politisch bestimmt gewesen war? War auch die neue Ostmitteleuropaforschung politisch ebenso bestimmt wie die alte Ostforschung, mußte sie es vielleicht sein? Welchen Einfluß hatte die Wandlung des allgemeinen Bildes vom Mittelalter unter dem Einfluß europäischer Ausweitung und landesgeschichtlicher Vertiefung auf das Urteil über die deutsche Ostbewegung? Welchen Einfluß hatte die marxistisch-leninistische Geschichtstheorie hierauf? Ist eine volksgeschichtliche Betrachtungsweise heute noch möglich? All dies sind Fragen, die wir uns vorlegen müssen. Mir scheint, daß eine Feststellung, wie sie das Vorwort zur dritten Auflage der „Geschichte Schlesiens“ enthält, das 1938 gezeichnete Bild des schlesischen Mittelalters könne noch heute als gültig angesehen werden, nicht mehr genügt, um einen unveränderten Abdruck zu rechtfertigen.

Nach dem totalen Zusammenbruch des deutschen Ostens, der Vertreibung seiner Bewohner und der Verknächtung der Bevölkerung Mitteldeutschlands liegt es gewiß nahe, daß die Zielsetzung der deutschen Ostforschung wie zwischen den beiden Weltkriegen auch heute politisch bestimmt ist, daß sie der Revision des gegenwärtigen Zustands dienen möchte, der Wiedervereinigung und der Klärung des Heimatrechts der Ostvertriebenen. Von östlicher Seite wird dies jedenfalls immer wieder behauptet. V. T. Pašuto nannte in einem langen Artikel in den „Voprosy istorii“ 1959 die sogenannte Ostforschung die

Ideologie des westdeutschen Revanchismus, und in der sowjetzonalen „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ wird dies von Zeit zu Zeit getreulich wiederholt. Es bedarf nun keines Beweises, daß die sowjetrussische und die sowjetzonale Auffassung der Geschichte der deutschen Ostbewegung selbst heute rein politisch bestimmt sind, denn dies liegt im Wesen der von der kommunistischen Geschichtswissenschaft geforderten Parteilichkeit. Einige Proben werden wir nachher bekommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang wiederholen, was ich in diesem Kreise schon einmal in Gießen gesagt habe, daß nämlich diese kommunistische Geschichtswissenschaft nicht etwa eine andere Art von Wissenschaft, sondern streng genommen keine Wissenschaft ist. Nur dies vermag wirklich zu erklären, wie der sowjetische Historiker M. A. Alpatov zu der Aussage kommen kann: „In Ausführung des sozialen Auftrags der Imperialisten verfälscht die heutige bürgerliche Geschichtsschreibung die Geschichte in der unverschämtesten Weise. Sie entstellt alles Fortschrittliche und hebt alles Reaktionäre in den Himmel, sie predigt die reaktionärsten, menschenfeindlichsten Theorien, den Kult des Krieges; bedenkenlos macht sie die Geschichte im Sinne der Aufgaben der heutigen imperialistischen Reaktion zurecht. In unseren Tagen hat die Geschichtsfälschung in der bürgerlichen ‚Wissenschaft‘, die diesen Weg vor hundert Jahren eingeschlagen hat, die scheußlichsten reaktionärsten Formen angenommen. Nie zuvor war die bürgerliche ‚Geschichtswissenschaft‘ so tief gesunken.“ Folgerichtig heißt es 1961 in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“: „Ihrem Wesen nach hat die Ostforschung mit Wissenschaft nichts gemeinsam.“ Gleichzeitig wird festgestellt, sie sei „vielmals widerlegt, entlarvt und zertrümmert worden“. Entlarvung ist eine Haupttätigkeit östlicher Geschichtswissenschaft, und die Form, in der sie sich vollzieht, ist recht aufschlußreich. Eine Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung ohne politische Zielsetzung kann man sich einfach nicht vorstellen, und wenn sie nicht kommunistisch ist, dann lügt sie eben.

Dessenungeachtet sollten wir uns ernsthaft prüfen, ob unsere Fragestellungen wirklich nicht „von politischen Gegenwartsfragen bestimmt“ sind, wie dies schon 1933 gefordert worden war. Sollten sich etwa in der heutigen deutschen Ostforschung verschiedene Richtungen beobachten lassen, verschiedene Arbeitskreise, die zu dieser Frage vielleicht einen verschiedenen Standpunkt einnehmen, so sollten wir uns jedenfalls klar zu einem rein wissenschaftlichen, also einem apolitischen Standort bekennen und uns von anderen möglichen Standorten deutlich distanzieren. Ich weiß auch nicht, ob die Ausschließung der SBZ aus dem Arbeitsprogramm des Herder-Forschungsrates nicht ursprünglich eben doch einen politischen Grund gehabt hat, denn daß das Gebiet östlich der Elbe-Saale-Linie historisch gesehen zum östlichen und nicht zum westlichen Mitteleuropa gehört, dürfte unbestreitbar sein. Es ist damit ein Schnitt mitten durch das Ergebnis der mittelalterlichen Ostsiedlungsbewegung gezogen worden, der dann mit Mühe wieder geschlossen werden mußte. Kann es andere als politische Gründe haben, wenn in einer 1958 erschienenen

„Sudetendeutschen Geschichte“ von Emil Franzel, die in der „Zeitschrift für Ostforschung“ recht positiv besprochen wurde, ausgerechnet für Böhmen die Urgermanentheorie wieder aufgewärmt wird, obwohl gerade hier Ernst Schwarz ihre Unrichtigkeit erwiesen hat? Die tschechische Zeitschrift „Historica“ hat sich den Fall nicht entgehen lassen und widmet ihm in Band 4 dreißig Seiten, wobei auch auf das Urteil Franzels über die mittelalterliche Ostbewegung ausführlich eingegangen wird; es ist im wesentlichen von der Kulturträgertheorie bestimmt. Was soll man dazu sagen, wenn ein Werk von ganz anderem Charakter und ganz anderem Gewicht, die 2. Auflage der Ortsnamen der Sudetenländer von Ernst Schwarz, als 1. Band eines „Handbuchs der sudeten-deutschen Kulturgeschichte“ erscheint, obwohl doch das Buch von Anfang bis Ende die namenkundlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Tschechen behandelt? Eine solche unverständliche Firmierung ist nicht nur unrichtig, sondern auch unklug, denn sie gießt Wasser auf die Mühlen der anderen Seite.

Daß diese andere Seite, vornehmlich also die Polen und Tschechen, auch heute mit ihren Äußerungen zur mittelalterlichen Ostbewegung in erster Linie politische Ziele verfolgt, scheint mir in doppelter Richtung nachweisbar zu sein: sofern die dortige Forschung kommunistisch ist, ist es ohnehin klar, sofern sie es nicht ist, und dies gilt natürlich für die Exilforschung, denkt sie nach wie vor in den Kategorien des Nationalismus der Zeit zwischen den Weltkriegen, was übrigens auch für einen Teil der kommunistischen Historiker zutrifft. Ich bin der beiden Sprachen nicht mächtig und bewege mich daher auf unsicherem Boden. Es würde mich freuen, wenn ich in der Diskussion korrigiert würde. Aber was ich in einer mir zugänglichen Sprache gelesen habe, läßt sich nur so einordnen. Es ist verständlich, daß den Polen die sogenannten Westgebiete als ein unsicherer Besitz erscheinen, solange die Grenzziehung nicht verbindlich geregelt ist, und die Tschechen fürchten um ihre Neuordnung in den ehemals von Deutschen bewohnten Randgebieten und um das deutsche Eigentum, das sie sich angeeignet haben. Erwägungen dieser Art bestimmen weit hin das heutige Urteil über das geschichtliche Verhältnis zu den Deutschen und damit auch über die deutsche Ostbewegung. Gerard Labuda etwa verknüpft gleich auf der ersten Seite einer langen Besprechung, die er im „Przegląd Zachodni“ 1958 einem Aufsatz von mir gewidmet hat, die Frage der Beurteilung der Kolonisation durch die Deutschen mit ihren angeblichen Konzeptionen zur Ordnung der heutigen deutsch-polnischen Beziehungen, der angeblichen Idee eines Kondominiums etwa, oder auch dem „alten Lied“, wie er sagt, die slawischen Völker hinter die Weichsel und sogar in die asiatischen Steppen zurückzutreiben. Es ist freilich nicht zu bestreiten, daß er recht hat, wenn er auch mir die Verknüpfung wissenschaftlicher und politischer Fragestellungen vorwirft, denn ich war in dem Aufsatz, den einige von Ihnen vielleicht kennen, von dem Zusammenbruch des deutschen Ostens ausgegangen und hatte mit Betrachtungen über die Folgen des Verschwindens einer starken europäischen Mitte geschlossen. Man sieht, wie man halb unbewußt in politi-

sche Dinge hineingleiten kann. Ich hatte gemeint, als Historiker zu sprechen; in Wirklichkeit lag ein politisches Wunschbild zugrunde.

An anderer Stelle, wo Labuda sich auch mit dem großen Werke Walter Kuhns über die neuzeitliche Ostsiedlung auseinandersetzt, in den „Polish Western Affairs“ 2 (1961), sagt er, die Kolonisation sei mehr und mehr ein „Tagesproblem“ geworden, und weiter: „Wir möchten aber festhalten, welch weite Spanne zwischen jenem friedlichen Zusammenleben (nämlich im Mittelalter) und der von uns unlängst erlebten Zeit besteht.“ Man kann hierzu nur schweigen. Nicht schweigen kann man dagegen, wenn der gleiche Verfasser Ausführungen von Helmut Beumann und mir über die Echtheit einer Urkunde Ottos III. von 995 für Meißen mit Argumenten entgegentritt, die er vermutlich selbst nicht glaubt: er nimmt nämlich die sogenannten inneren Merkmale der Urkunde bei der Beurteilung der Echtheit für wichtiger als die äußeren, was allen seit einem Jahrhundert festgehaltenen methodischen Grundsätzen widerspricht. Angesichts der bevorstehenden Tausendjahrfeier des polnischen Staates mag es recht unangenehm sein, wenn von uns gezeigt worden ist, daß die Ausführungen Kehrs von 1920 über das Verhältnis Magdeburgs zu Posen sich diplomatisch nicht halten lassen und daß schon im Jahr 995 die kirchliche Eingliederung Schlesiens bis zur Oder in ein deutsches Bistum beabsichtigt war – aus der Welt schaffen lassen sich diese Dinge mit den von Labuda angeführten Argumenten nicht.

Im wesentlichen politische Gründe scheint es mir auch zu haben, wenn Oskar Halecki von den USA aus in seinem Buche „Grenzraum des Abendlandes“ 1957 die mittelalterliche deutsche Kaiserpolitik und natürlich auch die Ostpolitik als imperialistisch im modernen Sinn kennzeichnen zu sollen glaubt. Folgerichtig wird der „Prozeß der deutschen Kolonisation“ in Schlesien „verhängnisvoll“ genannt. Der wirtschaftliche Fortschritt, den die Deutschen brachten, wird nicht geleugnet, aber auf das Ganze gesehen ist ihr Erscheinen „gefährlich“. Mit besonderem Nachdruck wird verzeichnet, daß die Preußen „von ihren Besiegern, die sogar den Namen Preußen annahmen, entweder in erbarmungslosen Kämpfen ausgerottet, nach Litauen vertrieben oder vollständig germanisiert wurden“. Die Stämme des Baltenlandes fielen der „Unterdrückung und Ausbeutung ihrer deutschen Herren“ anheim. Vom ostslawischen Kolonisationsgebiet im Wolgabecken dagegen heißt es: „Die spärliche und rückständige finnische Bevölkerung ging in den slawischen Kolonisten auf“, was auf die „kulturelle Überlegenheit“ der großrussischen Siedler zurückgeführt wird. Mir scheint, daß dieses Messen mit zweierlei Maß für sich selbst spricht.

Vorsichtiger ist da der ebenfalls in den USA lebende, schon einmal zitierte Tscheche Francis Dvornik. Auch er spricht in seinem Slawenbuch von 1956 immer wieder für das 12. und 13. Jahrhundert von der deutschen Gefahr, aber er leugnet die positiven Einflüsse, die von den Deutschen kamen, nicht, auch nicht in dem neuen Werk von 1962, wenn er auch wiederholt betont, solche

seien ebenso aus Frankreich, Belgien und Italien gekommen, und die Herkunft der Insassen der Klöster verschweigt, deren kulturelle Bedeutung er hervorhebt. Man gewinnt den Eindruck, daß die Tendenz mehr durch Verschweigen als durch Polemik verwirklicht werden soll. Dies gilt insbesondere für Böhmen. Während die Bedeutung der deutschen Ostsiedlung von Dvorník z. B. für Schlesien durchaus anerkannt wird, während es von Polen immerhin heißt, nachdem die direkten Beziehungen zu Lüttich betont worden sind: „The role of Cologne and the Rhineland ... in Polish history at this period should not be forgotten either“, hört man von Böhmen und Mähren in dieser Hinsicht nichts. Ich habe mir sagen lassen, daß die tschechoslowakische Geschichtsschreibung im Lande selbst heute ganz ähnlich verfährt: von den Deutschen ist nicht die Rede. Ich wäre dankbar, wenn die Diskussion dies bestätigen oder korrigieren würde. In dem Rechenschaftsbericht, den die Prager Akademie auf dem Stockholmer Historikerkongreß 1960 vorgelegt hat, ist an zwei Stellen von der „colonisation“ die Rede. Genannt werden fast ausschließlich Arbeiten von vor 1945; die große Darstellung von Šimák in der „České dějiny“ von 1938 wird natürlich abgelehnt, hervorgehoben dagegen der Versuch von František Graus, an die Stelle einer deutschen eine gemischt deutsch-slawische Siedlung zu setzen. Nicht uninteressant ist, daß man die deutsche Leistung in der Slowakei eher gelten läßt als in den böhmischen Ländern.

Für den flüchtigen Überblick scheint also die Nachkriegsbilanz nicht sehr günstig zu sein: an der politischen Zielsetzung hat sich für den ersten Blick auf beiden Seiten nicht allzuviel geändert, und damit ergibt sich das alte Auseinanderklaffen des historischen Urteils über die Ostbewegung. Sieht man indes näher zu, so hellt sich das Bild insofern wesentlich auf, als in einzelnen recht wichtigen Sachfragen eine gewisse Annäherung der Standpunkte erkennbar ist, und dies sicherlich nicht nur unter dem Einfluß europäischer Ausweitung und landesgeschichtlicher Vertiefung unseres Geschichtsbildes, die für die Nachkriegszeit kennzeichnend sind, sondern auch als Zeichen eines ernsthaften Willens zur Entpolitisierung des historischen Urteils. Wir beobachten dies auf deutscher Seite an einem Beispiel, nämlich an der deutschen Kulturträgertheorie.

Der selbständige Beitrag der Slawen bei der Bildung jener historischen Gesamterscheinung, die wir Europa nennen, ist von der polnischen und tschechischen Forschung stets betont worden. Er wird heute auch in Deutschland in anderer Weise gewürdigt als vor dreißig Jahren, wie uns Herbert Ludat in einem grundlegenden Aufsatz gezeigt hat. Im Hinblick auf die deutsche Ostbewegung wird dies zunächst sichtbar in der Beurteilung der deutschen Mission. Gewiß bleibt es dabei, daß die Westslawen das Christentum in erster Linie von den Deutschen empfangen haben, und im Südosten scheint es sogar, als trete neuerdings der bayrische Anteil gegenüber der Tätigkeit Kyrills und Methods stärker hervor. Aber es ist keine Frage, daß der deutschen Mission einheimische Kräfte entgegentraten und daß vor allem in Mähren, Böhmen

und Polen die Bekehrung auf freiem Entschluß der Fürsten beruhte. Das Problem, das durch die Stichworte Magdeburg und Gnesen gekennzeichnet wird, ist in Fluß geraten, und für das 12. Jahrhundert leugnet die deutsche Forschung nicht, daß die polnische Mission mit der Gründung der Bistümer Włocławek und Lebus eher auf dem Plane war als die Deutschen mit der Wiederherstellung Brandenburgs und Havelbergs und den Bistumsgründungen Heinrichs des Löwen. Für die Beurteilung der Tätigkeit Ottos von Bamberg in Pommern und der Gründung des Bistums Wollin hat dies natürlich seine Folgen.

Was die entgegengesetzten Theorien über die Entstehung des polnischen Städtewesens betrifft, so sind auch sie einander angenähert worden. Wiederum Herbert Ludat hat darüber mehrfach berichtet. Es ist nicht mehr zu bestreiten, daß es ein „vorkoloniales“ westslawisches Städtewesen gegeben hat. Vor allem die Grabungen der Polen haben dies gezeigt, und verfassungsgeschichtliche Untersuchungen von deutscher Seite haben erwiesen, daß es den Burgstädten der Frühzeit zwischen Rhein und Elbe geähnelt haben muß. Strittig ist freilich noch immer die Datierung der Anfänge, die von den Polen mitunter ungebührlich weit zurückverlegt wird. Über das 10. oder allenfalls 9. Jahrhundert sollte man nicht zurückgehen. Es verdient übrigens vermerkt zu werden, daß die ersten einschlägigen Grabungen in Oppeln und Wollin von den Deutschen durchgeführt wurden, lange vor dem Kriege. Allerdings wurden sie damals nicht in den richtigen historischen Zusammenhang eingeordnet. Festzuhalten ist, daß die mittelalterliche deutsche Ostbewegung eine wesentliche Beschleunigung in der Entwicklung dieses Städtewesens nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch rechtlich herbeigeführt hat. Ein beträchtlicher Handelsverkehr hatte schon seit dem 10. Jahrhundert stattgefunden, wie die Verbreitung der deutschen Münzprägungen im Osten lehrt. Es ist vielleicht nicht überflüssig zu bemerken, daß diese Münzen der Gegenwert von Waren sind, die im Osten produziert wurden, womit der Stand der Wirtschaftskultur in einer anderen Weise gekennzeichnet wird, als man es zwischen den Weltkriegen in Deutschland mitunter hören konnte. Seit dem 12. und vor allem 13. Jahrhundert haben die Deutschen dann das freiheitliche westliche Stadtrecht nach dem Osten gebracht, das aus einheimischer Wurzel nicht hätte entwickelt werden können, wie die völlig andere Gestalt des slawischen Städtewesens in den Landschaften zeigt, die dieses Recht nicht rezipierten. Daß aber das Städtewesen schlechthin von den Deutschen nach Osteuropa gebracht worden sei, behauptet heute niemand mehr.

Ich sagte vorhin mit Vorbedacht „westliches“ und nicht „deutsches“ Stadtrecht. Gewiß waren es in erster Linie die Deutschen, die dieses Recht nach Osten brachten. Aber in Deutschland entstanden ist es nicht. Auch das Gebiet zwischen Rhein und Seine kommt als Ursprungsraum, wie man zeitweise gemeint hat, keineswegs allein in Frage, sondern offenbar das ganze westliche Europa einschließlich Oberitaliens, vielleicht kann man sagen der Raum, den einst das Reich Karls des Großen eingenommen hatte. Man weiß heute weiter-

hin, daß Stadtrecht und Recht der Landgemeinde keineswegs so weit voneinander entfernt sind, wie man geglaubt hat, ohne daß die Theorie von Belows damit aufgewärmt würde. Beide haben vielmehr anscheinend eine gemeinsame Wurzel, und diese kann nur ein freiheitliches fränkisches Siedlerrecht gewesen sein. Europäische Ausweitung und landesgeschichtliche Vertiefung haben in diesen Dingen ihre Früchte getragen. Gewiß ist das bäuerliche Siedelrecht ebenso wie das Stadtrecht, als beide im Osten zu so großartiger Wirkung kamen, deutsches Recht. Der Ausdruck *ius teutonicum* ist gerade hier im Osten entstanden, wie Kötzschke gezeigt hat. Aber beide sind nicht nur deutsches Recht, sondern, da sie im Frankenreiche wurzeln, kamen sie in Spanien und Südfrankreich ebenso zum Zuge wie in Polen und Ungarn. Der deutsche Rechtseinfluß im Osten erscheint damit sicherlich in einem neuen Lichte.

Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die nur deutschrechtliche Siedlung von der wirklichen deutschen Bauern- und Bürgersiedlung scharf zu unterscheiden ist und daß die Bedeutung der letzteren zugunsten jener von polnischer Seite mitunter in unzulässiger Weise abgewertet wurde. Deutschrechtliche Siedlung, die von bloßer Rechtsbewidmung zu unterscheiden ist, ist Ansiedlung von Slawen in neugegründeten Dörfern und Städten zu deutschem Recht. Die deutsche Forschung hat diesen Vorgang für Polen und für das östliche Schlesien durchaus anerkannt, ihm aber sonst wenig, vielleicht zu wenig Beachtung geschenkt. Neuerdings hat nun, um ein sehr instruktives Beispiel zu nennen, Karl Heinz Blaschke gezeigt, daß in der nördlichen Oberlausitz neben Deutschen in nicht geringem Umfange auch Slawen sorbischer Sprache auf Rodungsland angesiedelt worden sein müssen. Hier hat in der Folgezeit anscheinend sogar eine gewisse Sorbisierung deutscher Bevölkerung stattgefunden. Mir scheint, daß die zahlreichen Ortswüstungen in der Mark Brandenburg, die auf Siedlungsverlegung deuten, analog zu erklären sind: die slawische Bevölkerung wurde, vielleicht untermischt mit Deutschen, zu deutschem Recht an einem neuen Siedelplatz angesiedelt, hier allerdings innerhalb des alten Wirtschaftsraums. Wir wissen heute auch, daß die Slawen nicht überall vom Erwerb des Bürgerrechts in den deutschen städtischen Siedlungen ausgeschlossen waren, und in Böhmen muß von Anfang an ein starkes tschechisches Element in den Städten vorhanden gewesen sein, das sich schon im 14. Jahrhundert, also vor den Hussitenkriegen, beträchtlich verstärkte, wie Ernst Schwarz gezeigt hat. Er vermochte auch zu zeigen, daß die Deutschen nicht bloß eine wirtschaftlich gehobene Oberschicht bildeten, wie es in Prag allerdings der Fall gewesen zu sein scheint, sondern daß sie in vielen anderen Städten auch als Handwerker tätig waren wie die Tschechen. Man nähert sich also der Vorstellung einer gemischtvölkischen städtischen Siedlungsbewegung, wie sie der Tscheche Graus auch für den bäuerlichen Bereich annimmt, doch muß natürlich betont werden, daß in weiten Gebieten vor allem im Raum der Mittelgebirge und ihres Vorlandes rein deutsche Siedlung stattfand. Immerhin erscheint der Anteil der Slawen an der Hebung der Landeskultur in der Sied-

lungszeit in einem anderen Lichte als bisher. Im übrigen darf in diesem Zusammenhang auf die Forschungen Walter Kuhns zur Bevölkerungsbewegung hingewiesen werden, die auf starke deutsche Zuwanderung schließen lassen.

Wenn ich nochmals an das Beispiel Prags anknüpfen darf, so ist die gehobene Stellung der dortigen Deutschen von beiden Seiten zu Unrecht verallgemeinert worden. Dem deutschen Überlegenheitsdünkel war sie eine willkommene Selbstbestätigung, der tschechischen Geschichtswissenschaft diente sie als Beweis deutscher Ausbeutung der unteren Schichten, und so verallgemeinerte man sie eben beiderseits. Man sieht, wohin es führt, wenn man sich aus außerwissenschaftlichen Gründen von der strengen Interpretation der Aussage der Quellen entfernt: man liefert zugleich dem wissenschaftlichen Gegner Waffen in die Hand. Das Beispiel ist im übrigen symptomatisch für den verschiedenen Sinn, der dem Wort „Kolonisation“ gegeben werden kann. Es bezeichnet einerseits eine Kulturaufgabe und eine Kulturfunktion in Gebieten, die man unterentwickelt nennen könnte, und es bezeichnet andererseits gerade eine Hemmung der Entwicklung dieser Gebiete durch Ausbeutung zugunsten der Eindringlinge. Auf die deutsche Ostbewegung paßt der Ausdruck von Haus aus nicht, wie ich an anderer Stelle zu zeigen versucht habe, ich möchte mich nicht wiederholen. Ich hatte dort gemeint, man solle ihn abschaffen, weil er unsere Nachbarn im Osten für die deutsche Siedlungszeit gleichsam zu unterentwickelten Völkern stemple. Es ist lehrreich, daß G. Labuda dem entgegengetreten ist, unter Hinweis darauf, die Tätigkeit zwar nicht der deutschen Bauern und Handwerker, wohl aber der deutschen Feudalherren und Kaufleute, einschließlich der hansischen, habe eben doch den Charakter kolonialer Ausbeutung gehabt. Neuerdings wendet er den Gedanken noch anders, wenn er sagt: „Hätten wir einen Vergleich zu ziehen, dann müßten wir sagen, daß die ‚Kolonisation‘ in gewissem Sinne ‚progressiv‘ ist, die ‚Ostbewegung‘ aber einen durchaus retrogressiven Charakter trägt, denn die politische Expansion bedeutet für die unterworfenen Völker meistens nicht nur die Vernichtung ihres kulturellen und nationalen Lebens, sondern auch soziale Rückständigkeit und wirtschaftliche Ausbeutung.“ Im Anschluß daran heißt es, ich hätte den progressiven Charakter der ostdeutschen Kolonisation verkannt. Ich kann mir nicht helfen: da Herr Labuda sicherlich kein Kommunist ist, der mich nicht verstehen kann, wird er mich nicht verstehen wollen. Meinerseits kann ich die gemachte Distinktion nicht anerkennen und werde auch weiterhin den Ausdruck Kolonisation vermeiden, und zwar geschieht dies, um eine Distanzierung von der Kulturträgertheorie deutlich erkennbar zu machen, die ich, wie ich glaube, nicht als einziger Deutscher vollziehe. Nachdrücklich möchte ich jedoch betonen, daß dies an der historischen Tatsache eines west-östlichen oder genauer gesagt südwestlich-nordöstlichen Kulturgefälles, in dem ja auch wir Deutschen stehen, nichts ändert.

Die der Kulturträgertheorie entgegengesetzte Theorie ist diejenige des „Drangs nach Osten“. Auch sie ist bei unseren östlichen Nachbarvölkern lan-

desgeschichtlich vertieft und in gewisser Weise europäisch ausgeweitet worden, aber leider ist von einer Annäherung an den deutschen Standpunkt nur wenig zu bemerken. Dies wurde vor allem dadurch verhindert, daß die Theorie in den Sog des Marxismus-Leninismus geriet. Demzufolge ist natürlich auszugehen von der sowjetischen Darstellung als der in diesem Bereich zunächst allein maßgeblichen. In dem offiziellen sowjetischen Lehrbuch für den Geschichtsunterricht, das der bekannte, inzwischen verstorbene Historiker Kosminski, Mitglied der Sowjetischen Akademie, herausgegeben hat, heißt es: „Die Eroberung der slawischen Gebiete war von einer Versklavung und massenweisen Ausrottung der sich verzweifelt wehrenden einheimischen Bevölkerung begleitet. Den Slawen nahm man die besten Ländereien fort und verwies sie auf schlechte, für die Landwirtschaft ungeeignete Böden. Man machte sie zu Leibeigenen und ließ sie Frondienste leisten und drückende Jahresabgaben entrichten. Als Wohnsitze blieben den Slawen an manchen Stellen nur die Küsten und Sumpfgebiete; sie lebten in elenden Dörfern an den Ufern von Flüssen und Seen, auf denen sie Fischfang trieben.“ Dies ist die Formulierung für die Mittelschulen. Wer nun glaubt, in der großen, für die Hochschulen bestimmten Ausgabe sei es anders, der täuscht sich. Mir lag die 1958 ins Deutsche übersetzte Fassung vor, besorgt von Kosminski und S. D. Skasin; das in Betracht kommende 15. Kapitel hat Kosminski gemeinsam mit M. M. Smirin verfaßt. Auch hier spricht gleich der erste Satz vom „aggressiven Drang nach Osten“ und „räuberischen Eroberungszügen“, ein Abschnitt ist überschrieben „Die Unterjochung und Ausrottung der westslawischen Stämme“, weiter heißt es: „Die Kirche, die Gutsbesitzer und die fürstliche Verwaltung liquidierten systematisch alle Elemente der Kultur der unterjochten westslawischen Stämme“, oder: „Die eroberten Gebiete wurden in der ersten Zeit nicht der wirtschaftlichen Ausbeutung unterworfen, sondern dienten nur als Objekt der direkten Ausplünderung“. An anderer Stelle, in Kapitel 20, das Polen behandelt, tadelt Kosminski die „außerordentlich negative Rolle“ der Ansiedlungspolitik der Piasten in der Geschichte Polens und betont, die deutsche Kolonisation habe keinerlei „zivilisatorische“ Bedeutung gehabt, auch in der Ackerbautechnik nicht.

Man braucht sich nicht zu wundern, daß in der sowjetzonalen „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ die gleichen Töne erschallen. Man spricht von dem „volksfeindlichen“ Charakter der „räuberischen Ostexpansion“ seit 1961 auch einfach wie die Russen und Polen vom „Drang nach Osten“; es lohnt sich nicht, weiter darauf einzugehen. Wichtiger ist, was die Polen selbst zu sagen haben – die Ansicht Labudas wurde bereits erwähnt. Es ist unüberhörbar, daß sie, gemessen an den Ausführungen des offiziellen sowjetischen Lehrbuches, eine eigene Meinung darstellt, auch wenn sie gelegentlich die marxistisch-leninistische Terminologie braucht. Der „Drang nach Osten“ wird noch immer in erster Linie unter nationalpolnischem Aspekt gesehen, und wenn unter ökonomischem, dann gerade so, daß die „progressiven“ Elemente hervorgekehrt

werden. Politisch bestimmt ist auch die Urslawentheorie, die nach wie vor in Polen eine breite Anhängerschaft hat. Ich beschränke mich auf ein Buch von Witold Hensel, das 1960 in Warschau in einer allerdings unglaublich schlechten deutschen Übersetzung erschien; z. B. ist auf S. 62 aus dem Urkundenregist *Dagome iudex* ein Dokumentenregister geworden. Die Ausführungen Hensels laufen darauf hinaus, daß die Gebiete vom Dnjepr bis zu einer Linie, die erheblich westlich der Oder verläuft, seit dem 13. Jahrhundert vor Christus von einer autochthonen slawischen Bevölkerung bewohnt waren, von den „Vorfahren jenes Volkes, welches zu Beginn des Frühmittelalters den polnischen Staat bildete“. Etwelche anderweitige Bevölkerungsbeimischungen, die nicht geleugnet werden, waren unwichtig. Die Tendenz ist ebenso deutlich, wie wenn tschechische Gelehrte den sogenannten „Prager Typus“ prähistorischer Keramik, der in Innerböhmen, aber auch im Gebiet zwischen unterer Saale und Mulde sowie im Havelland angetroffen wird, in graue Vorzeit hinaufzudatieren versuchen. Er kann in Böhmen nicht älter sein als 6. Jahrhundert, im Norden eher jünger, von Rumänien sehe ich ab. Lehrreich ist, daß die polnische Urslawentheorie in gewisser Weise auch gegen die anderen slawischen Völker gerichtet ist; jedenfalls erscheinen ihr die Polen als die echten und eigentlichen Slawen.

Die Frage der methodischen Zulässigkeit der Rückprojizierung gegenwärtiger Völker in eine weit zurückliegende Vergangenheit hat man sich in Polen und in der Tschechoslowakei ebenso selten gestellt wie in Deutschland die Frage, was es eigentlich historisch bedeutet, daß in großem Umfange und im hellen Lichte der Geschichte Slawen im deutschen Volke aufgegangen sind. Für eine volksgeschichtliche Betrachtungsweise sind dies Grundfragen. Ist eine solche volksgeschichtliche Betrachtungsweise heute noch möglich, und hat sie eine Zukunft? Wie steht es heute mit ihrer Anwendbarkeit auf die mittelalterliche deutsche Ostbewegung? Ich kann die Frage nur aufwerfen, ohne sie zu beantworten. Lassen Sie mich immerhin einige Bemerkungen dazu machen, welche die Probleme allerdings notgedrungen stark vereinfachen. Mir scheint, daß das Volk eine geschichtliche, genauer gesagt verfassungsgeschichtliche Erscheinung ist, die viel älter ist als der moderne Staat, und daß Volksgrenzen und Kulturgrenzen zu keiner Zeit völlig identisch gewesen sind, wobei ich ganz dahingestellt sein lasse, ob solche Kulturgrenzen aus den Grenzen bestimmter Bodenfundgruppen wirklich zu erschließen sind, denn dies hängt von dem Begriff der Kultur ab. Was Völker heute wie ehemals wohl am augenfälligsten unterscheidet, ist die Sprache, doch ist auch sie nicht das alleingültige Kriterium. Dies kann vielmehr nur im Volksbewußtsein erblickt werden, und dieses wiederum ist ein Erzeugnis der Geschichte, genauer gesagt des geschichtlichen Schicksals und des Willens. Beide schaffen ein gemeinsames Bewußtsein, das sich in den sogenannten intentionalen Daten ebenso äußert wie in den sogenannten objektiven Kriterien. Das Selbstbewußtsein eines Volkes wiederum bringt im Rahmen des geschichtlichen Prozesses die Volksverfassung im Sinne

einer Verfassungswirklichkeit hervor, die dem Volke Dauer verleiht, wobei allerdings nicht zu übersehen ist, daß die Verfassungswirklichkeit wiederum auf die Bewußtseinsbildung zurückwirkt, wie noch und gerade in jüngster Zeit zu beobachten ist. Als zu unterscheiden von solchem volkhaften Selbstbewußtsein wäre etwa das Selbstbewußtsein des *Civis Romanus*, des Sowjetmenschen, des Eidgenossen, des Preußen, des Yankee und wohl auch das des Europäers zu nennen, alle auf ganz verschiedener Basis entstanden und demzufolge verschieden ausgeprägt und mit ganz verschiedenen verfassungsgeschichtlichen Entsprechungen. Es ist ersichtlich, daß auch Bildungen dieser Art als Träger des geschichtlichen Prozesses angesehen werden können und müssen, nicht nur die Völker. Machte man damit Ernst, so würde die mittelalterliche deutsche Ostbewegung dem geschichtlichen Urteil wohl in mancher Hinsicht in einem anderen Lichte erscheinen als bisher. Ich will den Gedanken jetzt nicht weiter verfolgen.

Aber auch wenn wir vom „gentilen“ Prinzip ausgehen, müssen wir noch weiter differenzieren. Die Forschungen von Reinhard Wenskus wie auch das neue Gemeinschaftswerk „Völker zwischen Germanen und Kelten“ haben gezeigt, wie mannigfaltig und wie kompliziert gentile Bildungen sein können. Wir sprechen im germanischen Bereich von Völkerschaften der taziteischen Zeit, von den deutschen Haupt- oder Altstämmen und von den Neustämmen des Ostens, schließlich von dem deutschen Volk. Ob die Goten und die Langobarden Völker oder Stämme gewesen seien, ist nicht recht deutlich, und die Franken waren vielleicht beides. Diesen verschiedenen Bezeichnungen entsprechen offenbar tatsächliche verfassungsgeschichtliche Strukturunterschiede, und nicht anders ist es bei den Slawen. Kleinstämme schließen sich zu Großstämmen zusammen, die sich wiederum in Teilstämme gliedern; Polen und Tschechen aber scheinen Völker wie das deutsche Volk zu sein. Ist dies indes wirklich sicher? Sind die Tschechen nicht vielleicht eher den Bayern oder Alemannen zu vergleichen als den Deutschen? Um eine Rangordnung der Völker, wie sie in der Hitlerzeit aufgestellt worden war, handelt es sich dabei gewiß nicht, sondern um ethnosozilogische Kategorien, die allerdings zugleich, und dies ist wichtig, historische Tiefe besitzen. Betrachtet man die Probleme der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung unter diesem Aspekt, so wird manches einfacher, aber manches kompliziert sich auch. Im Verlaufe der Bewegung wird z. B. aus dem slawischen Stammesverband der Obotriten, der selbst wieder ein mannigfach zusammengesetztes Gebilde war, wie Wolfgang Fritze gezeigt hat, durch Beimischung der deutschen Zuwanderer schließlich ein deutscher Neustamm, die Mecklenburger, während die einst zugehörigen Wagrier in den Holsteinern aufgehen. In Schlesien oder in Pommern ist es ähnlich. Aber in Böhmen ist die Entwicklung ganz anders, hier erfolgt keine Verschmelzung und Neubildung, die deutschen Siedler bilden keinen Neustamm, sondern gelten schlechthin als Deutsche, das Sudetendeutschtum ist ein spätes Gebilde, das ethnosozilogisch einzuordnen sicher interessant, aber nicht leicht ist. Wie

ordnet sich im Rahmen alter gentiler Auffassungen oder moderner Volkstheorie das Verhältnis von Kärntnern und Steiermärkern, die beide gewiß auch beträchtliche slawische Bevölkerungsteile in sich aufgenommen haben, zu den Windischen ein, die nicht der Urvolkung verfielen? Wie ist es zu beurteilen, daß Slawen in großem Umfange im deutschen Volke aufgegangen und zu einem vollwertigen Bestandteil dieses deutschen Volkes geworden sind? Die Überwindung des Distanzgefühls und Kontrastbewußtseins, die dies voraussetzt, ist ein Vorgang von eminenter historischer Bedeutung. Noch der Sachspiegel denkt ganz anders.

Man sieht, es ist relativ einfach, die neue deutsche Ostforschung als „übernational“ zu charakterisieren, wie dies 1952 im 1. Band der „Zeitschrift für Ostforschung“ geschehen ist, als gegründet „auf die Achtung der Völker des Ostens“, wobei dann allerdings gleich wieder das fatale Wort von den Deutschen als den „Vorposten und Pionieren“ der „gesamteuropäischen Bewegung“ einfließt, womit die Völker des Ostens doch aus dieser ausgespart sind. Versucht man aber, die „geistige Verbundenheit zwischen den Völkern Westeuropas und Osteuropas“, die dort ebenfalls apostrophiert wird, etwa im Blick auf die mittelalterliche deutsche Ostbewegung zu realisieren, so stößt man schon vom Begriff des Volkes her auf Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Erst vor kurzer Zeit hörte ich einen angesehenen deutschen Historiker von dem germanischen und dem slawischen Volk sprechen, was völlig unsinnig ist. Daß aber auch die Gegenüberstellung von Deutschen und Slawen, in der vielzitierten deutsch-slawischen Schicksalsgemeinschaft etwa, eigentlich inkomensurable Größen vergleicht, dürfte nicht jedem auch aus unserem Kreise immer gegenwärtig sein.

Ob man nun freilich gleichsam den gordischen Knoten durchhauen kann, indem man auf eine Einordnung grundlegender Verfassungserscheinungen in den germanischen oder slawischen Bereich in großem Umfang einfach verzichtet, wie dies Fr. Graus in einem weitausholenden Vortrag, der demnächst in der HZ gedruckt werden wird, im vorigen Jahre in Gießen vorgeschlagen hat, erscheint mir mehr als zweifelhaft. Man wird das Erscheinen des Aufsatzes abwarten müssen, bevor man Stellung nehmen kann, doch läßt sich wohl schon jetzt einiges sagen. Gewiß ist „die Kolonisation“, oder sagen wir lieber, um uns besser verständlich zu machen, der Landesausbau, denn ihn meint Graus, nicht ein deutsches, slawisches oder mitteleuropäisches Problem, sondern ein Phänomen des europäischen Mittelalters, und gewiß wurde er durch ökonomische und demographische Fakten beeinflusst, wenn auch nicht determiniert, wie Graus sagt. Aber die „Ostdeutsche Kolonisation“, um den Ausdruck hier einmal zu verwenden, ist eben nicht bloßer Landesausbau, sondern eine Bewegung, die nicht nur mit der Ostwanderung deutscher Bevölkerung, sondern auch mit der Ausdehnung politischer Herrschaft, mit der Mission und der Übertragung westlicher Rechts-, Wirtschafts- und Verfassungsformen nach dem Osten auf das innigste verflochten ist und von daher ein besonderes, nur

ihr eigentümliches historisches Gepräge erhält. Sie spielt sich ab im Rahmen, im Aufeinanderprall und in der Wandlung jener verschiedenen deutschen und slawischen Gruppen, die man als Stämme oder Völker bezeichnen kann, wobei bemerkenswerterweise einige dieser Gruppen in anderen aufgehen. Jede dieser Gruppen hatte eine nur ihr eigentümliche Verfassung, insbesondere Sozialverfassung: die Deditzen der lausitzischen Sorben sind, um nur ein Beispiel zu nennen, offenbar etwas ganz anderes als die *dedici* bei den böhmischen Stämmen. Es ist in der Verfassungsgeschichte nun einmal nicht damit getan, daß man feststellt, überall in Europa habe es eine Oberschicht gegeben und von der Mission sei immer sie zuerst ergriffen worden. Natürlich gibt es Züge der Verfassung, die bei allen Völkern anzutreffen sind, aber es fragt sich sehr, ob gerade sie oder nicht vielmehr die Unterschiede das historisch Relevante sind. Das gentile Element in der Verfassungsgeschichte des frühen Mittelalters, das so lange nachwirkt, hat Graus völlig übersehen, und zwar deshalb, weil er Völker und Stämme offenbar für romantische Phantome hält, während sie doch eine Verfassungswirklichkeit sind. Mir scheint, daß mit seinen Äußerungen sehr sublimierte marxistisch-leninistische Gedankengänge in die westliche Forschung einzudringen suchen, die sie dann allerdings, würden sie rezipiert, von innen her aushöhlen würden. Ähnliche Gedanken wurden bereits auf dem polnischen Historikerkongreß in Breslau 1950 geäußert. Herr Ludat hat 1952 davon berichtet.

Damit, meine Damen und Herren, bin ich endlich am Schlusse. Was vorgebracht wurde, hat Ihre Geduld übermäßig in Anspruch genommen, aber wollte ich nicht nur wohlklingende Redewendungen bieten, sondern den Dingen auf den Grund zu gehen suchen, so ließ es sich nicht kürzer machen. Die Folgerungen aus diesen der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung gewidmeten Erörterungen mag die Diskussion ziehen. Erlauben Sie mir hierzu nur eine Anregung, eine These, wenn Sie so wollen. Ich bin der Meinung, daß wir uns davon lösen sollten, und zwar ganz ehrlich, politische Forderungen und Wünsche der Gegenwart mit historischen Argumenten unterstützen oder gar begründen zu wollen, so wie man es zwischen den Weltkriegen tat, wie es Polen, Tschechen und Sowjetdeutsche noch immer tun und wie es auch bei manchen von uns Deutschen der Bundesrepublik noch immer wenigstens als Möglichkeit erwogen zu werden scheint. Es gibt keine solche Möglichkeit. Historische Wissenschaft, die sich solche Ziele steckt, dient nicht etwa zur Begründung oder Rechtfertigung von Machtentscheidungen, sondern nur zu ihrer Verschleierung. Die Haltung anderer sollte uns nicht beirren. Gewiß gibt es ein historisches Heimatrecht der Völker, aber eben, weil es historisch ist, kann es im Verlaufe des historischen Prozesses verloren und verspielt werden. Man muß mit anderen Argumenten kommen, wenn man ein unverlierbares Heimatrecht gegenüber der bloßen Machtentscheidung geltend machen will, mit solchen des Rechts und der Menschlichkeit, falls man glaubt, sie für sich anführen zu können. – Ich stehe mit dieser unpolitischen oder, genauer gesagt,

apolitischen Auffassung der Aufgabe der historischen Ostforschung – und jetzt möchte ich lieber sagen der geschichtswissenschaftlichen Ostmitteleuropaforschung – nicht allein, sondern ich kann mich, und das ist mir höchst wertvoll, auf eine Äußerung Robert Holtzmanns bereits aus dem Jahre 1926 berufen: „Was wir Deutschen heute als unseren Volksboden beanspruchen, das gründet sich auf die lebendige Gegenwart und nicht auf die längstvergangenen Jahrhunderte des frühen Mittelalters.“ Dies steht in dem Bande „Der ostdeutsche Volksboden“, aus dem heute schon wiederholt zitiert worden ist, meist in ganz anderem Sinne. Hätte sich Holtzmanns Auffassung damals wirklich durchgesetzt, so wäre der deutschen Ostforschung wohl mancher Umweg oder auch Irrweg erspart geblieben. Ich möchte nicht etwa bestreiten, daß die Geschichtsforschung und vor allem die Geschichtsschreibung auch eine politische Wirkung haben könne und hat, aber nur dann ist dies in rechter Weise der Fall, wenn sie nicht angestrebt wird, sondern unwillkürlich eintritt. Auch unsere Forschungen auf dem Gebiet der mittelalterlichen deutschen Ostbewegung sollten dessen stets eingedenk sein. „Die Wissenschaft“, sagt Ranke, dessen Konzeption der germanisch-romanischen Völker wir gewiß nicht mehr teilen, dessen historische Weisheit aber Gültigkeit hat für immer, „die Wissenschaft muß in das Leben eingreifen, aber um zu wirken, muß sie vor allem Wissenschaft sein; denn unmöglich kann man seinen Standpunkt in dem Leben einnehmen und diesen auf die Wissenschaft übertragen; dann wirkt das Leben auf die Wissenschaft, nicht die Wissenschaft auf das Leben“.